

Schriften des
Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies



Ludger Kühnhardt (Hrsg.)

Im Gespräch bleiben: Politische Wissenschaft und berufliche Praxis

Freiburger Politikdialog/Bonner Europakolloquium
1994–2023



Nomos



HANNS MARTIN
SCHLEYER-STIFTUNG
FREIHEIT · DEMOKRATIE · SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Schriften des
Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Herausgegeben von
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Band 85

Ludger Kühnhardt (Hrsg.)

Im Gespräch bleiben: Politische Wissenschaft und berufliche Praxis

Freiburger Politikdialog/Bonner Europakolloquium
(1994–2023)



Nomos



HANNS MARTIN
SCHLEYER-STIFTUNG
FREIHEIT + DEMOKRATIE + SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

In Kooperation mit



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8247-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2677-1 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Es gehört zu den eher selten gewordenen Erscheinungen des deutschen Wissenschaftssystems, menschliche Bindungen dauerhaft zu pflegen, die ihre Wurzel in gemeinsamer geistiger Beschäftigung haben. Zu diesen Orchideen, die die Schönheit der antiken Idee der *universitas* weitertragen, zählt die Verbundenheit mit meinen Doktoranden und Habilitanden. Seitdem ich 1991 als Ordinarius für Wissenschaftliche Politik an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg berufen wurde, begegneten mir ungezählte Studenten in nahezu ebenso unzählbaren Lehrveranstaltungen. Nach meinem Wechsel 1997 als politikwissenschaftlicher Direktor an das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verschoben sich verschiedene Aspekte meiner beruflichen Tätigkeit. Aber die Förderung von besonders begabten und engagierten jungen Wissenschaftlern blieb eine Konstante.

Als die ersten aus diesem beachtlichen Kreis sich anschickten, ihre Promotion abzuschließen und den Weg in ein verantwortungsvolles Berufsleben zu beginnen, fragten sie nach einer Möglichkeit, um auf Dauer in Verbindung zu bleiben. Der glückliche Zufall führte mich seinerzeit mit der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung zusammen, die gerade im Begriff war, ihren eigenen Beitrag zur Förderung der Begegnung von junger Wissenschaft und beruflicher Praxis zu gestalten. So entstand eine ungewöhnliche, nun über dreißig Jahre gelungene Initiative. Es begann von Freiburg aus als „Freiburger Politikdialog“ und wurde von Bonn aus als „Europakolloquium“ weitergeführt. Zunächst luden wir externe Gäste ein – allen voran und gleichsam als Schirmherrn den seinerzeitigen Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg, einst selber Student der Politischen Wissenschaft. Später dann sprachen ausschließlich meine Doktoranden und Habilitanden, viele von ihnen auf beeindruckende Weise beruflich längst arriviert. Gelegentlich waren auch Magister-Kandidaten und Gaststudenten mit dabei.

Das „Historische Gasthaus Linde“ im beschaulichen Münstertal am Rande des Schwarzwaldes bot den Rahmen zur Auftaktveranstaltung und blieb nach einigen vagabundierenden Experimenten der Treffpunkt, ja das Signum unserer Begegnungen. Wir trafen uns regelmässig zu einem zweitägigen Kolloquium, in dem das, was im Kreis der aktuellen Doktoranden jeweils als Thema vorgeschlagen worden war, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und pragmatischer Bodenhaftung diskutiert wurde.

Das Gesellige durfte bei unseren Zusammenkünften nie zu kurz kommen. Exkursionen, passend zum jeweiligen Jahresthema, liessen viel Raum zu Begegnung und Austausch.

Mit dieser Publikation werden alle in zwanzig Kolloquien vorgetragenen Vorträge aufgehoben. Sie sind ein schönes Zeugnis dafür, dass die Universitätsidee lebt. Ich selbst kann daher nur dankbar sein – meinen Studentinnen und Studenten und der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, dort vor allem Friedhelm Hilterhaus, Wolfgang Bruncken und Barbara Frenz. Möge unser Beispiel Nachahmung in neuen akademischen Generationen finden. Dann wird die Universität als Versprechen und Aufgabe weiterleben. Das Potpourri der Interessen meiner Doktoranden und Habilitanden spiegelt sich in der Vielfalt der Themen wieder, die diese Dokumentation versammelt. Die Winde des Lebens führten sie nach Abschluss ihrer Studienzeit an unterschiedliche Orte und hinein in unterschiedliche Aufgaben. Der Strom des Lebens in seiner ganzen Vielfalt hielt uns gleichwohl über alle Zeitläufte hinweg verbunden. Nichts symbolisiert diese unsere gemeinsame Wegstrecke besser als der Rhein, Europas großer Fluss. Er verbindet den Freiburger Anfang unseres Gesprächs und den Fortgang in Bonn. Am Rhein klang daher der Dialog aus, zu dem ich über drei Jahrzehnte junge Wissenschaft und berufliche Praxis zusammenführen durfte. Über den Rhein hinaus wird unser Gespräch mit dieser Dokumentation weitergetragen. Es ist ein Gespräch, bei dem wie stets seit es universitäres Leben gibt, die schöne Melancholie eines gelungenen Ausklangs und die frohe Gewissheit eines immer wieder neuen Anfangs zusammenfinden.

Freiburg/Bonn, im April 2023

Ludger Kühnhardt

Inhalt

1. Freiburger Politikdialog 1994 <i>Was erwarten Politik, Wirtschaft und Journalismus von Absolventen der Politischen Wissenschaft?</i>	19
Politische Praxis und Politische Wissenschaft <i>Klaus von Trotha</i>	21
Der Journalismus und die Politische Wissenschaft <i>Christoph Bertram</i>	31
Wissenschaftliche Theorie und wirtschaftliche Praxis <i>Christoph Münzer</i>	41
2. Freiburger Politikdialog 1995 <i>Welchen Einfluss haben Medien und Demoskopie auf Politikerentscheidungen?</i>	61
Die Rolle der Medien in der Politik <i>Ruth Wagner</i>	63
Funktion und Reichweite der demoskopischen Forschung <i>Ulrich Guntram</i>	71
Medienmacht in der Demokratie <i>Peter Christ</i>	77

3. Freiburger Politikdialog 1996 <i>Außenpolitische Erwartungen und die Anforderungen an die Politikwissenschaft</i>	87
Außenpolitische Erwartungen an Deutschland und die Anforderungen an die Politikwissenschaft <i>Stefan Fröblich</i>	89
Erwartungen an die deutsche Außenpolitik – Die Sicht eines Schweizer <i>Dieter Chenaux-Repond</i>	105
Anmerkungen zu den Zielen und Interessen deutscher Außenpolitik nach 1989 <i>Karsten Voigt</i>	115
4. Freiburger Politikdialog 1997 <i>Globalisierung – Folgen für die Politik und ihre Einschätzung aus der Perspektive der Wirtschaft</i>	129
Globalisierung – Herausforderung für Wirtschaft und Politik <i>Rezzo Schlauch</i>	131
Globalisierung – Folgen für die Politik und ihre Einschätzung aus der Perspektive der Wirtschaft <i>Christoph Ehlers</i>	149

5. Bonner Europakolloquium 1998 Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven	165
Die Europäische Union und die Rolle Deutschlands <i>Rudolf Hrbek</i>	167
Frankreich, Deutschland und die EU-Präsidentschaft <i>Jean-Paul Picaper</i>	181
Finnland, Deutschland und der EU-Vorsitz <i>Arto Mansala</i>	197
6. Bonner Europakolloquium 1999 Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?	207
Dialog statt Kampf der Kulturen: Eine methodische Vorüberlegung <i>Xuewu Gu</i>	209
Konfuzius und das Zwölftafelgesetz. Über die Ursprünge chinesischen und westlichen Rechts <i>Karl-Heinz Ludwig</i>	217
Gefahr oder Chance? Die Begegnung mit Asien <i>Oskar Weggel</i>	229
The Dialogue of Cultures. One View from Asia <i>Walter Woon</i>	255

7. Bonner Europakolloquium 2000 <i>Interkulturelle Kommunikation in der Deutsch-Französischen</i> <i>Wirtschaftskooperation</i>	265
Globalisation et société multiculturelle: fin ou reconfiguration des modèles socio-économiques nationaux? <i>Sabine Urban</i>	267
Die Handhabung der interkulturellen Problematik bei internationalen Mergern. Das Beispiel der „European Aerospace, Defence and Space Company“ (EADS) <i>Gerhard Meier</i>	281
8. Bonner Europakolloquium 2001 <i>The Future of the European Integration Process:</i> <i>Ideas and Interests of Candidate Countries</i>	297
The Case of Croatia <i>Boris Hajoš</i>	299
The Case of Bulgaria <i>Vladimir Kissiov</i>	309
The Case of Lithuania <i>Rytis Martikonis</i>	315
The Case of Slovakia <i>Imrich Marton</i>	323
The Case of Latvia <i>Iveta Sulca</i>	331

9. Bonner Europakolloquium 2002 Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen	341
„Rally the World“ – Die Vereinigten Staaten von Amerika und die transatlantischen Beziehungen seit dem 11. September <i>Andrew B. Denison</i>	343
Das europäisch-amerikanische Verhältnis seit dem 11. September 2001 <i>Lothar Rühl</i>	355
Die Herausforderung des djihadistischen Islamismus und die Dreiecksverbindung Europa – USA – Islamische Zivilisation <i>Bassam Tibi</i>	375
10. Bonner Europakolloquium 2003 Europa als Beruf. Die Europäische Dimension im Arbeitsalltag politikwissenschaftlicher Absolventen	403
Die europäische Dimension im Arbeitsalltag des Integrationsforschers <i>Marcus Höreth</i>	405
Die europäische Dimension im Arbeitsalltag des Geschäftsführers von „Weltbild“ <i>Klaus Driever</i>	413
Die europäische Dimension im Arbeitsalltag bei der Deutschen Bischofskonferenz <i>Frank Ronge</i>	419
Die europäische Dimension im Arbeitsalltag des Lektors Politikwissenschaft beim Nomos-Verlag <i>Andreas Beierwaltes</i>	427

Inhalt

Die europäische Dimension im Arbeitsalltag des Rechtsanwalts <i>Martin Weber</i>	435
11. Bonner Europakolloquium 2005 <i>Hochschule und Weiterbildung. Quo vadis?</i>	447
Bildungsreform und Wissenschaftspolitik <i>Matthias Pape</i>	449
Hochschule ungleich Hochschule? Über die Vorzüge von Fachhochschulen und Berufsakademien <i>Johannes Beverungen</i>	455
Wohin orientieren sich Deutschlands Schüler und ihre Lehrer? <i>Hariolf Frankenreiter</i>	465
Fachlich-berufsbegleitende Weiterbildung und Forschung: Rettung vor dem universitären Jammertal? <i>Gerd Föhrenbach</i>	473
12. Bonner Europakolloquium 2007 <i>Wachstum und Wirtschaftsordnung</i>	481
Das deutsche Wirtschaftssystem zwischen Reformstau und Transformation <i>Johannes Beverungen</i>	483
Die Logik der chinesischen Stabilität <i>Xuewu Gu</i>	491
Demografische Entwicklung – Wachstumstreiber für den Gesundheitsmarkt? <i>Felix Zimmermann</i>	499

How “Novartis” Outperformed its Competition <i>Frank Waltmann</i>	503
13. Bonner Europakolloquium 2009 Partner Frankreich. Positionsbestimmungen zwischen Krise und Aufbruch	511
Herausforderungen für das deutsch-französische „Tandem“ <i>Andreas Marchetti</i>	513
Die französische Wahrnehmung der deutsch-französischen Freundschaft <i>Claire Demesmay</i>	521
Frankreich und das Erbe der Ultrapériphérie <i>Daniela Vogt</i>	529
14. Bonner Europakolloquium 2011 Eine Welt im Wandel. Herausforderungen an die deutsche und europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	541
Ernstfall und Frieden. Die Transformation der Bundeswehr zu einer Armee im Gefecht <i>Jan-Phillipp Weisswange</i>	543
Stabilität durch Wandel <i>Silke Kettig</i>	551
Afrika – Herausforderung für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik <i>Matthias Vogl</i>	559
China als Faktor der globalen Machtverschiebung <i>Xuewu Gu</i>	569

15. Bonner Europakolloquium 2013 Die Europäische Union: Krisen und Krisenbewältigung	577
Die Europäische Union – eine Zivilmacht? <i>Rafael Biermann</i>	579
Euroskeptizismus – und was dahinter steckt <i>Malte Zabel</i>	589
Invest! Frankreich und die wirtschaftliche Zukunft der Europäischen Union <i>Nathalie Jouan</i>	597
Die Zukunft der Europäischen Union. Ein ZEI Projekt <i>Thorsten Kim Schreibeis</i>	601
16. Bonner Europakolloquium 2015 Politik und Religion. Aspekte einer fruchtbaren Spannung	609
Religion in Deutschland <i>Frank Ronge</i>	611
Kirche und Politik in der Europäischen Union <i>Matthias Belafi</i>	617
Politik und Religion. Zehn Zukunftsfragen an das Verhältnis von Kirche, Staat und Religion in Deutschland und im Spiegel internationaler Herausforderungen <i>Matthias Vogl</i>	625

17. Bonner Europakolloquium 2017 <i>Neue Wege in Medien und Kommunikation</i>	633
Nachruf: Matthias Pape <i>Ludger Kühnhardt</i>	635
Die neue Vermessung der Welt. Die digitale Revolution und ihre Folgen <i>Klaus Driever</i>	639
Kommunikationsstrategien in digitalen Zeiten <i>Silke Kettig</i>	649
Neue Medien in der Wissenschaft <i>Robert Stüwe</i>	653
Fernsehen im Internet-Zeitalter <i>Martin Rupp</i>	657
Sicherung alter Medien. „Deutschlands Gedächtnis“ im Zentralen Bergungsort (ZBO) <i>Daniela Vogt</i>	661
18. Europakolloquium 2019 <i>Wie weltfähig ist Europa?</i>	673
Die Positionierung der deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb und ihr Beitrag zur Idee einer Europäischen Universität <i>Ariane Köster</i>	675
Europa und das Energieproblem <i>Carola Logan</i>	681
Europe and America <i>Susanne Baier-Allen</i>	689

Inhalt

Europa und die Türkei <i>Patrick Baues</i>	699
Europe and Africa. Bilateral Friendship between Continents <i>Michael Amoah Awuah</i>	705
19. Bonner Europakolloquium 2021 Corona und die Verfassung Europas	713
Solidarität in der EU <i>Daniel René Jung</i>	715
Deutschland: Es braucht ein neues Wir <i>Wolfgang Picken</i>	721
A New European Balance <i>Matteo Scotto</i>	727
Covid-19: The EU and Global Norms <i>Liska Wittenberg</i>	735
20. Freiburger Politikdialog/Bonner Europakolloquium 2023 Politikwissenschaft als Beruf	745
Politikwissenschaft als Beruf. Zwischen den Zeiten. Zwischenbilanz und Ausblick. <i>Ludger Kühnhardt</i>	747
<i>Anhang</i>	785
Die von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt betreuten Habilitationen und Promotionen (1991-2023)	787

Über den Herausgeber

791

1.

Freiburger Politikdialog 1994

**Was erwarten Politik, Wirtschaft und Journalismus von
Absolventen der Politischen Wissenschaft?**

Politische Praxis und Politische Wissenschaft

*Klaus von Trotha**

Ich danke Ihnen für die Einladung zu Ihrem Diskussionsforum zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Ich bin wirklich sehr gern gekommen, weil ich noch an die Kraft und den Sinn eines Dialogs glaube und diesen gerade im Hochschulbereich oft vermissem. Wenn von Freiburg oder sonst irgendwo jemand zu mir ins Ministerium kommt, dann machen die im Prinzip nichts anderes, als den kleinsten gemeinsamen Nenner auszuarbeiten, den sie mir vortragen und alles andere wird unter den Teppich gekehrt. Ich bemühe mich, in den verschiedensten Gesprächsforen jeweils unmittelbaren Kontakt herzustellen, weil das für mich ein unverzichtbares Erfahrungselement ist.

Ich habe Rechtswissenschaften studiert und beide juristische Staatsexamen gemacht. Angefangen habe ich aber an der Berliner Hochschule für Politik mit dem Studium der Politikwissenschaft. Ernst Fraenkel war der Nachfolger meines Vaters auf einem Lehrstuhl an der Deutschen Hochschule für Politik. Meinen Vater kennt man nicht, da er nur zwei Jahre Professor war. Man kennt ihn manchmal in einem ganz anderen Zusammenhang. Er ist ein Vetter von Helmuth Moltke und hat im Kaiserreich des Kaisers Reichswirtschaftsprogramm gemacht. Ich habe mich dann, wegen gewisser Irritationen in der Politikwissenschaft, auf das sichere Gelände der Rechtswissenschaft begeben. Die alte Leidenschaft habe ich aber ein Stückchen weitergelebt und als Referendar habe ich bei Hans Maier Politikwissenschaft studiert. Bei ihm habe ich eine Dissertation über die Bundeszentrale für politische Bildung begonnen. Zu meinem Erstaunen ist seitdem keiner mehr auf das Thema gekommen, obwohl die Bundeszentrale ganz ordentliche Gelder vergibt und das Thema auch einige grundsätzliche staatspolitische Fragen aufwirft. Es liegen bei mir nach wie vor 500 Seiten relativ bearbeitet herum. Hätte man mich bei der letzten Wahl, die die CDU zum Teil verloren hat, aussortiert, dann hätte ich das Thema vielleicht wieder aufgenommen. Ich habe also keine primäre politikwissenschaftlichen Erfahrungen im Sinne eines Abschlusses oder gar

* Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg.

einer entsprechenden Berufslaufbahn, die darauf aufbaut. Entscheidend war dann doch die Rechtswissenschaft.

Ich habe gestern in unserer Abteilungsleiterkonferenz gefragt, ob wir einen Politologen im Haus haben. Unter den 92 Mitarbeitern in meinem Haus gibt es keinen einzigen. Und dabei ist mir eingefallen, dass ich eigentlich nichts dringender bräuchte als einen richtigen Politologen, denn ich habe ein absolut apolitisches Haus und leide tagtäglich darunter. Etwa dann, wenn mir Reden gemacht werden oder wenn die Presseerklärungen keinen Griff haben oder in Fragen, die- außerhalb des Hauses anstehen, etwa bei der Vorbereitung eines Beitrags für einen Parteitag. Dafür habe ich noch nie eine Zeile aus diesem Haus bekommen, weil in diesen Kategorien überhaupt nicht gedacht wird. Zu diesem Job gehören außer gediegenen Politikkenntnissen natürlich viele andere Kenntnisse und Sensibilitäten, die ich jetzt nicht aus der hohlen Hand formulieren kann, aber bei den Bewerbungen, über die ich bisher zu entscheiden hatte, war der erste Eindruck ganz wesentlich. Danach habe ich mir die Akten angeguckt. Dann habe ich mich auf diesen Eindruck rückversichert und die Noten haben dabei fast keine Rolle gespielt, sondern Lebenserfahrung, Praxisnähe, Sensibilität im Umgang mit anderen etc. Für mich ist Ihr Politikdialog eine willkommene Gelegenheit, einmal nicht ausschließlich über neuere technologische Entwicklungen und deren wirtschaftliche Verwertbarkeit zu sprechen. In der Frage, die als Titel über dieser Veranstaltung steht, und auf die ich wohl nur subjektiv, aus der Sicht eines Politikers, nicht aus der Perspektive der „Politik überhaupt“ antworten kann, sehe ich eigentlich zwei Fragen enthalten:

- Was erwarte ich von der Politikwissenschaft als theoretischer Instanz, also etwa als Rezipient politikwissenschaftlicher Texte?
- Was erwarte ich von Absolventen des Studienganges Politologie?

Beide Fragen sind nicht identisch. Mit der letzteren ist viel mehr zugleich die umgekehrte verbunden, die sicher ebenso im Interesse der heutigen Veranstaltung steht, ohne dass sie ausdrücklich formuliert wurde:

- Was können die Studierenden und Absolventen des Studienganges Politikwissenschaft von Politik, Wirtschaft und Journalismus als möglichen Beschäftigungsfeldern erwarten?

Was erwarte ich von der Politikwissenschaft?

Als „gelernter“ Jurist und „praktizierender“ Politiker, zumal als Wissenschafts-politiker, ist mir gewissermaßen schon von Haus aus das Interesse an der geistesgeschichtlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik eingeschrieben. Politisches Handeln und Entscheiden ist eine zielorientierte Tätigkeit, die mehr als die Orientierung an einem fiktiven Sollzustand verlangt. Sie impliziert zugleich Fragen unserer kulturellen und politischen Standortbestimmung, Fragen des praktisch Möglichen und politisch Durchsetzbaren, und damit ist unablässig die distanzierte Analyse von Strukturen gesellschaftlicher Institutionen und Systeme, einschließlich ihrer Geschichte, verbunden. Gerade der vielzitierte gegenwärtige Strukturwandel stellt die politische Entscheidungsfähigkeit vor immer neue Herausforderungen. Die mittel- und langfristigen Effekte von Entscheidungen sind oft im vornhinein unabsehbar, und das Tempo, in dem neue Realitäten entstehen, steigt beständig an. Dies gilt ausgegangen von der Technikentwicklung bis hin zu den rasanten Veränderungen, die die politische Welt derzeit insbesondere durch den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme erfahren hat. Theoretisches Wissen und Reflexionsfähigkeit sind für den Politiker wichtiger denn je. Danach würde sich eigentlich die Folgerung aufdrängen, dass Absolventen eines politikwissenschaftlichen Studiums geradezu prädestiniert seien, später politische Ämter zu übernehmen.

Die Realität steht dem offensichtlich entgegen. Politiker sind unter den Politikwissenschaftlern und umgekehrt Politikwissenschaftler unter den Politikern nur selten anzutreffen. Eine Erklärung könnte möglicherweise darin zu finden sein, dass Politikwissenschaftler, die doch besonders darin ausgebildet sein müssten, politische Zusammenhänge zu verstehen, verständlich zu machen und in ihnen zu handeln, sich vielleicht allzu genau vorstellen können, auf welcher schwierigen Bahnen sie sich als Politiker begeben, und aus diesem Grunde davon Abstand nehmen. Ich glaube nicht, dass diese Erklärung hinreicht. Weil ausschlaggebender scheint mir der Unterschied in der Geisteshaltung von „Theoretiker“ und „Praktiker“ – die freilich in der Realität beide kaum in Reinkultur anzutreffen sind, sondern eher überzeichnete Extreme darstellen. Der Politiker ist, wie Nietzsche einmal sagte, der „Sklave des Augenblicks“ der häufig rasch und ohne detaillierte Kenntnis aller Umstände und möglichen Folgeprobleme entscheiden und handeln muss. Der Politikwissenschaftler nimmt demgegenüber gleichsam die Funktion des handlungsentlasteten, äußeren Beobachters ein, der kontextübergreifende Strukturen und Zusammenhänge beschreibt und Perspektiven auslotet. Der Politiker ist gleichsam von Haus

aus zu gewissem Steuerungsoptimismus genötigt, während der Politikwissenschaftler sich auf das Erkennen beschränken und dabei in einer „steuerungspessimistischen“ Haltung verharren kann. In dieser Unterscheidung liegt deshalb eine Übertreibung, weil sie gerade heute nicht mehr in dieser Starrheit aufrechterhalten werden kann, ohne ideologisch zu sein. Ebenso wenig wie der „Praktiker“ heute ohne theoretisches Wissen auskommt, so wenig vermag der „Theoretiker“ ohne praktische Bezüge zu bestehen.

Das war keineswegs immer so. Denken Sie nur an Hegel, der in Napoleon die Inkarnation des Weltgeistes daher reiten sah, sich selbst aber als das Selbstbewusstsein desselben begriff, womit er sich durchaus die überlegene Position zuschrieb. Der eine treibt, in völliger Unkenntnis um das geistesgeschichtliche Ausmaß seines Tuns und unmerklich geleitet von der „List der Vernunft“ die Weltgeschichte voran, der andere aber, der Philosoph, weiß, dass der erste eben dies tut.

Die Trennung aber von blindem Aktionismus oder stumpfem Expertenwissen auf der einen Seite und dem reflektierten Wissen auf der anderen war vermutlich niemals zutreffend und ist es heute weniger denn je. Eine Veränderung hat nach zwei Seiten zugleich stattgefunden: das Reflexionswissen, das auf Seiten der Geisteswissenschaften entstanden ist und ich subsumiere hier die Politologie unter die Geisteswissenschaften, hat längst eine Art Sickerseffekt auf andere Wissenschaften ausgeübt. Nicht nur viele Naturwissenschaftler (Beispiel: Ulrich von Weizsäcker) beziehen heute Überlegungen zu ökologischen, gesellschaftlichen und ethischen Folgen der naturwissenschaftlichen Entwicklung ein. Wissenschaftliches Expertenwissen steht, zumindest in popularisierter Form, auch nicht wissenschaftlich ausgebildetem Publikum etwa durch Medien zur Verfügung. Ineins damit haben die Geisteswissenschaften ihr einstiges Reflexionsmonopol eingebüßt, ja, die zuerst bei den Naturwissenschaften einsetzende Tendenz zu immer weiterer Spezialisierung, verbunden mit dem Verlust der Möglichkeit einer Gesamtschau, bestimmt inzwischen auch ihre eigene Existenz. Die einstigen Verächter des Expertentums sind somit selber in den Expertenstatus eingetreten. Auch ihnen gelingt es nicht mehr, den Blick auf das Ganze zu wahren, sie sind viel mehr zu einem Faktor des interdisziplinären und des gesellschaftlichen Dialogs geworden. Und ich denke, sie werden umso erfolgreicher sein, je stärker sie sich dessen bewusst sind.

Nicht zuletzt damit war die „Umwertung“ verbunden, die einen Autoritätsverlust der Geisteswissenschaften und einen Autoritäts- und Bedeutungsgewinn der Naturwissenschaften zur Folge hatte, und zugleich einen allgemeinen Bewusstseinswandel. Dieser umfasst ebenso die Erwartungen an Wissenschaft und Technik wie geänderte Wertvorstellungen und Selbst-

verständnisse. Diese sind höchst gegensätzlicher Natur: Auf der einen Seite hat die rasante Entwicklung von Wissenschaft und Technik die pragmatische Haltung und die Ideologie universaler Machbarkeit gestärkt, auf der anderen Seite ist aus den gleichen Gründen eine neue Bescheidenheit im Entstehen. Wir leben nicht nur in einer Zeit der beschleunigten Entwicklung und des Verfalls von Wissen und Wissensfeldern, wir machen zugleich die Erfahrung, dass das Wissen jedes einzelnen im Vergleich zur Gesamtheit verfügbaren Wissens immer geringer wird.

Hegel, sagt man, sei einer der letzten gewesen, die noch einen Überblick über das gesamte Wissenspotential ihrer Zeit hatten. Aus diesem Grunde war er auch einer der letzten, die noch von der Wissenschaft im Singular reden konnten. Eine Zweiteilung von Natur- und Geisteswissenschaften konnte er darüber hinaus aus der Überzeugung ablehnen, dass es eine Natur ohne Geist und Geist ohne Natur nicht geben könne. Inzwischen haben sich Geistes- und Naturwissenschaften nicht nur als zwei auseinanderweisende Kulturen etabliert, auch ihre interne Ausdifferenzierung schreitet immer weiter fort. Als Kompensationseffekt treten wiederum Verbindungen auf in den Naturwissenschaften beispielsweise Biophysik oder Biochemie, in den Geisteswissenschaften etwa Wissens- und Kulturmanagement. Ich bin mir deshalb nicht sicher, ob das Verdikt von Lyotard vom „Trug der Ganzheit“, hinter den wir nicht zurück könnten, auf alle Zeiten so gelten muss. Die Geisteswissenschaften, und mit ihnen auch die Politikwissenschaften, sind also gleichsam „entthront“, sie haben den Status eines überlegenen Wissens eingebüßt, sie sind aber zugleich zu einem wichtigen und unentbehrlichen Faktor im Zusammenhang gesellschaftlicher Willensbildungsprozesse und Formen der Wissensvermittlung geworden. Ich komme damit zum nächsten Punkt.

Erwartungen an Studierende und Absolventen der Politikwissenschaften

Studierende der Politikwissenschaften sind mit der Geschichte und Gegenwart von politischen Strukturen, Prozessen und Institutionen vertraut, mit Formen der politischen Willensbildung, und wichtig insbesondere im Zuge der europäischen Vereinigung und der Internationalisierung des Marktes auch mit Themen der internationalen Politik und Wirtschaft. Durch den Umgang mit verschiedensten politischen Theorien und Kulturen haben sie gelernt, sich vorurteilsfrei auf Gesprächspartner auch anderer politischer und geistiger Kulturen und Meinungen einzustellen. Sie vermögen gewöhnlich, kritisch zu denken, verfügen über ein ausgeprägtes

Urteilsvermögen und die Bereitschaft und Fähigkeit, Fremderkenntnisse in eigene Denkprozesse zu integrieren.

All dies sind, verbunden mit einer ausgeprägten Kommunikationsfähigkeit, sogenannte Schlüsselqualifikationen, die im Zuge des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft an Bedeutung gewinnen. Es entstehen immer weitere Beschäftigungsfelder, für die kein fest umrissenes Fachwissen notwendig ist, sondern die Fähigkeit, sich rasch in neue Themengebiete einzuarbeiten, komplexe Sachverhalte zu erfassen und soziale Kompetenz, kreatives Denken, systematisches Vorgehen, schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit unter Beweis zu stellen. In vielen Bereichen sind wir dabei, uns von der Vorstellung zu verabschieden, dass bestimmte Studiengänge strikt zu ganz bestimmten Berufsfeldern hinführen. Nicht zuletzt die immer stärkere Ausdifferenzierung beruflicher Arbeitsfelder macht eine strenge Parallelisierung zwischen Studium und Beruf unmöglich. Eigeninitiative und die Bereitschaft, sich zusätzliches, ergänzendes Wissen anzueignen, gewinnt nicht nur für Geisteswissenschaftler an Bedeutung.

Arbeitsmarkt-Perspektiven

Die Perspektiven für Geistes- und Sozialwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt haben sich zwar in den vergangenen Jahren verbessert, sie sind aber auch weiterhin keineswegs rosig. Innerhalb der traditionellen Arbeitsfelder für Politologen in Schule, Universität, Berufs- und Weiterbildung, Medien, sind die Chancen schlechter denn je. Während etwa der öffentliche Dienst in Spitzenjahren bis zu 60% der Absolventen geistes und sozialwissenschaftlicher Studiengänge aufnahm, sind es heute knapp 15%. Da rüber hinaus zählen die Geistes- und Sozialwissenschaften zu den am stärksten frequentierten Fächergruppen an den Universitäten. Einer großen Zahl Studierender steht somit eine sehr kleine Zahl von Arbeitsplätzen gegenüber. Und das Fehlen eines konkreten Berufsbildes ist ein weiteres Problem: Politologen stehen somit in Konkurrenz mit Absolventen anderer geistes- und sozialwissenschaftlicher Studiengänge und auch mit Absolventen neuer berufsorientierter Studiengänge wie etwa „Kulturmanagement“. Dass in diesem Falle auch die Wahl der Nebenfächer und der Erwerb von Zusatzqualifikationen entscheidend ist, versteht sich von selbst:

- Fremdsprachenkenntnisse (Erschließung osteuropäischer Märkte und Einführung des europäischen Binnenmarktes, Auslandsaufenthalte)

- Praktische Erfahrungen (Medien- und Verlagssektor, Bibliotheken und Archive)
- Datenverarbeitungskennntnisse, Statistik

Daneben ist jedoch ein hohes Maß an Eigeninitiative wichtig und die Bereitschaft, sich auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes einzustellen. Die Möglichkeit, sich etwa durch Praktika schon frühzeitig auf die Anforderungen der Berufspraxis einzustellen, wird einen späteren Einstieg sicher erleichtern. Ich bin nach wie vor nicht der Überzeugung, dass wir die Problemlösung für die fehlende berufliche Ausrichtung der geisteswissenschaftlichen Studiengänge in einer immer weitergehenden Differenzierung auf bestimmte Berufsbilder hin suchen sollten. Vielmehr halte ich das, was die Hochschulrektorenkonferenz in ihrem „Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland“, vom 6. Juli 1992, allgemein zum Ausdruck brachte, für in besonderem Maße auf die Geisteswissenschaften zutreffend:

„Ziel universitärer Lehre sind berufsfähige, mit Grundlagenwissen und Methodenkenntnissen eines Faches ausgestattete Absolventinnen/en“.

Im Anschluss daran sollte

„...die Spezialisierung als Herbeiführung der Berufsfertigkeit – wie heute schon vielfach bewährt – der Praxis überlassen bleiben“...,

wobei die Hochschulen dann begleitende Weiterbildungsangebote für die wissenschaftliche Vertiefung und Erweiterung zu entwickeln hätten.

Die aktuellen gesellschaftspolitischen Probleme müssen ihren Niederschlag auch in Wissenschaft und Forschung finden. Die meisten gesellschaftlich relevanten wissenschaftlichen Fragestellungen können nur noch in fächerübergreifender Kooperation beantwortet werden. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind ein unverzichtbarer Bestandteil dieser interdisziplinären Zusammenarbeit. Sie können einen entscheidenden Beitrag zur kritischen Reflexion technischer Innovationen und deren gesellschaftlicher Folgen leisten. Die Frage, ob eine akademische Ausbildung zu einer „ausbildungsadäquaten Beschäftigung“ führt, hat allgemein an Bedeutung verloren. In einem zusammenwachsenden Europa gewinnen die Kenntnisse von Lebensgewohnheiten und Kulturen anderer Länder zunehmend an Bedeutung. Gerade hierin besteht eine neue Entfaltungsmöglichkeit für die Politikwissenschaften. Insbesondere die Bereiche Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit haben in diesem Zusammenhang Zuwachsraten zu verzeichnen. Der Prozess der Industrialisierung hat

gleichzeitig den Prozess der Reflexion vorangetrieben – nicht nur bei den Geisteswissenschaften, sondern auch als Selbstreflexion innerhalb der Einzelwissenschaften. Gerade diese prägende Kraft von Naturwissenschaft und Technik führt auf Seiten der Geisteswissenschaften zu einem gewissen Legitimationsdruck und häufig auch zu einer resignativen Haltung. Gleichzeitig fällt der informationstechnologische Entwicklungsschub in unserer Gesellschaft zusammen mit einem immens verstärkten Interesse an Kunst, Kultur, Geschichte und Umweltbewusstsein. Die Zahl der Buchproduktionen wächst immer weiter, Fragen der Ethik werden – vor dem Hintergrund wissenschaftlich technischen Fortschritts und in Anbetracht damit verbundenen Umweltkatastrophen – intensiver und auf breiterer Ebene diskutiert als in den 50er und 60er Jahren. Wir stehen inmitten eines bedeutenden kulturellen Umbruchs. Viele Menschen fragen einerseits nach Tradition, ohne diese aber unbesehen zu übernehmen. Sie bejahen den technischen Fortschritt, entwickeln aber zugleich eine kulturell orientierte Wertsetzung und Lebensführung. Nachgelassen hat die Bindung an traditionelle Wertvorstellungen, verstärkt hat sich dagegen Orientierung an dem, was man selbst beeinflussen und gestalten kann. Die Politikwissenschaft kann in dieser Hinsicht einen Beitrag dazu leisten, Kontinuität wahren, die aus der Vergangenheit durch die Gegenwart in die Zukunft führt. Kontinuität, vergangen als Aneignung der Vergangenheit um der Zukunft willen, begründet Identität. Diese Kontinuität, verbunden mit der Erhaltung unseres historischen Gedächtnisses, ist nach wie vor wichtig. In seinen „weltgeschichtlichen Betrachtungen“ sagt Jakob Burckhardt:

„Der Geist hat Wandelbarkeit, aber nicht Vergänglichkeit. Wir können aus unserer Geschichte, namentlich unserer geistigen Geschichte, nicht aussteigen, ohne uns des in ihr angelegten Geistes zu begeben“.

Wir können die kulturellen Hervorbringungen aber auch nicht bloß antiquarisch aufbewahren, um uns bei passender Gelegenheit mit ihnen zu zieren. Aneignung von Kultur, die über eine bloß äußerliche Weise hinausgehen soll, bedeutet deshalb auch Aneignung der in ihr enthaltenen Forderungen an den Menschen, aber auch Aneignung der in ihr enthaltenen Hilfen für den Menschen. Orientierungsbedürfnisse, nicht nur ethische, sondern auch solche im Hinblick auf Fragen des Weltverstehens, werden in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft eher steigen als sinken. Der interdisziplinäre Dialog, der noch immer in den Anfängen steckt, wird an Bedeutung gewinnen. Hier können Politikwissenschaftler einen wichtigen Beitrag leisten.

Konkrete Perspektiven lassen sich kaum benennen, und dies gilt für die Chancen von Akademikern auf dem Arbeitsmarkt überhaupt. In letzter

Zeit haben Universitäten, teilweise in Verbindung mit den Arbeitsämtern und wirtschaftlichen Institutionen, verstärkt Initiativen entwickelt, um Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge schon frühzeitig auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Hinzu kommen Umschulungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Über ihre Wirksamkeit werden beide Seiten mitentscheiden: Die potentiellen Arbeitgeber durch ihr Interesse, kreative Kräfte und kritische Stimmen in ihr Unternehmen zu integrieren. Aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaftler selbst, durch ihre Bereitschaft, nicht nur die Außenperspektive des Theoretikers gegenüber der Praxis einzunehmen, sondern – in der Form konstruktiver Kritik – einen Beitrag zur Verbesserung der alltäglichen Praxis selbst zu liefern. Dies kommt freilich einer Neubewertung der Geistes- und Sozialwissenschaften gleich, mit der diese selbst sich aus durchaus verständlichen Gründen schwertun. Berufsperspektiven innerhalb der Wirtschaft und Verwaltung haben Geistes- und Sozialwissenschaftler häufig nur dann, wenn sie ihr Fachgebiet weniger als selbständigen Faktor, sondern als Dienstleistung betrachten. Gerade diejenigen, die nicht im Hinblick auf ein konkretes Berufsfeld studiert haben, haben ihr Studium häufig mit einem überdurchschnittlich großen Interesse an der gewählten Fachrichtung aufgenommen.

Wem nicht das Glück beschieden ist, einmal selbst einen Lehrstuhl zu erhalten, wird in seiner beruflichen Laufbahn Kompromisse machen und Spannungen aushalten müssen. Gerade die Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge wissen jedoch auch, wie wichtig Hindernisse und Herausforderungen zur Realisierung konkreter Zielsetzungen sind – persönlicher ebenso wie gesellschaftlicher. Unabhängig von Ihrem Erfolg bleibt Ihnen dabei trotz der scheinbaren Trivialität, die nicht zu gering einzuschätzende Einsicht Albert Einsteins, wenn er schreibt: „Das wichtigste Motiv für die Arbeit in der Schule und im Leben ist die Freude an der Arbeit, die Freude an ihrem Ergebnis und die Erkenntnis ihres Wertes für die Gemeinschaft.“ Ich wünsche Ihnen, dass sich Ihre Berufserfahrungen erfüllen und sich dabei jene Freude einstellt, die Einstein wohl zu Recht für überaus wichtig hält.

Der Journalismus und die Politische Wissenschaft

*Christoph Bertram**

Es ist natürlich ein Vergnügen hier zu sein, obwohl ich auf den ersten Blick die falsche Person bin für eine Antwort auf die Frage, was der Journalismus von Absolventen der Politikwissenschaft erwartet. Zum einen bin ich seit zwölf Jahren Journalist und zum anderen habe ich mich im Wesentlichen als Jurist ausbilden lassen. Allerdings habe ich auch einige Semester Politikwissenschaft in Frankreich und später in Bonn studiert. Zudem war ich als Referendar Stagniere bei der EG.

Als ich 1967 nach den beiden juristischen Staatsexamen noch nicht genau wusste, was ich werden wollte, bin ich nach London zum Institut für strategische Studien gegangen. Sie suchten für ein Jahr einen Deutschen, und zwar suchten sie ihn hauptsächlich, weil die Volkswagenstiftung einige Projekte dort förderte. Es war zu einer Zeit als das Pfund 11,20 DM wert war, und da stellten sie fest, dass sie sich gleich zwei Deutsche leisten konnten, nämlich zum einen Walther Stüzle, der später Planungschef im Verteidigungsministerium wurde, dann Leiter von SIPRI und heute in Berlin Journalist ist, und eben mich. Wir arbeiteten an einem Thema über alternative Entwicklung europäischer Sicherheit und gaben ein Buch mit dem Titel „Europe's future, Europe's choices“ heraus. Nach ungefähr einem halben Jahr fragte mich mein Chef, Alistair Buchan, der Gründer des Instituts, ob ich nicht noch ein bisschen länger bleiben wolle. So bin ich dann insgesamt fünfzehn Jahre lang in England gewesen, unterbrochen von sechs Monaten im Planungsstab des Verteidigungsministeriums, als Helmut Schmidt Verteidigungsminister wurde. Mal zu sehen, wie ein Politiker dieser Güteklasse mit einer solchen Aufgabe umgeht, war für mich, als Juristen und einen an politischen Dingen interessierten Menschen, sehr faszinierend. Es war das erste Mal, dass die Sozialdemokraten in der Koalition die Mehrheit stellten, und dieser Mann Schmidt zeigte damals, was in ihm steckt. Da ich nicht in Deutschland bleiben wollte, bin ich wieder nach England zurückgegangen und habe von 1974 bis 1982 das Institut für strategische Studien geleitet. Das waren ungewöhnlich glückliche Jahre für mich. Es gibt ja nichts, was einen im Leben so erfreut, als

* Diplomatischer Korrespondent, „Die Zeit“.

sein eigener Chef zu sein. Und es gibt auch wenig, was einen so erfreut, als im internationalen Rahmen sein eigener Chef zu sein. Es herrschte noch die alte sicherheitspolitische Ordnung, doch sie franste schon damals aus. Da kam es in der Tat darauf an, was man dachte, wie man an Probleme anging, wie man Leute einsetzte, was einen selbst beschäftigte, dass man schon ein bisschen vorausahnen konnte, was kommt. Das waren sehr, sehr glückliche Jahre, aber auch Jahre, die dann irgendwann ihren Abschluss finden mussten, und so bin ich 1982 zur „ZEIT“ gekommen. Zuerst war ich dort drei Jahre lang Leiter des politischen Ressorts, als der ich nicht besonders reüssiert habe und bin seitdem Diplomatischer Korrespondent. Wir mussten irgendeinen Titel erfinden und haben dann diesen genommen, der signalisiert, dass man sich mit Außenpolitik beschäftigt, dass man seinen Neugierden und Neigungen weitgehend genügen kann, dass man allerdings, um in die Zeitung zu kommen, auch ziemlich strampeln muss. Nun werde ich nach zwölf Jahren bei der „ZEIT“ am 1. Januar meine Tätigkeit sieben Monate lang unterbrechen, um für sechs Monate ein Forschungsprojekt am amerikanischen Carnegie Endowment durchzuführen.

Wie Sie sehen, hat es in meinem Leben ziemlich gewackelt. Man selbst hat ja dann das Gefühl, dass es sehr geradlinig verlaufen ist. Denn das Interesse an der internationalen Ordnung ist, glaube ich, der Basso Continuo meiner Tätigkeiten gewesen. Ich habe mich für die Europäische Gemeinschaft interessiert, für Abrüstungskontrolle und für Internationale Institutionen und interessiere mich weiterhin dafür. Demnächst werde ich mich mit Elementen europäischer Sicherheitsstrukturen befassen. Es scheint mir also im Nachhinein so, als wenn sich das eine aus dem anderen ergeben hat. Soweit zu mir selbst.

Was erwartet der Journalismus vom Absolventen der politischen Wissenschaft?

Erstens erwartet er gute politische Wissenschaft. Ich weiß nicht, wie viel Professoren der politischen Wissenschaft es in Deutschland gibt. Ich rechne mal 300. Das ist schon eine geballte Ladung. Aber das, was aus der Politischen Wissenschaft in die öffentliche Debatte kommt, ist so viel nicht, present company excluded. Das ist natürlich für Journalisten nicht gut. Denn wir leben ja davon, wir leben von der Debatte, wir leben davon, dass uns Leute sagen: Das ist uns wichtig, da haben wir etwas Neues erkannt, daran müsst Ihr denken. Ebenso wie ich vermute, dass auch die Politiker davon leben und auch von den Journalisten leben. Wir brauchen diese Zuträger für die Debatte. Nicht um zuzustimmen, sondern um un-

sere eigenen Gedanken weiterzuentwickeln. Was macht man vielfach als Journalist? Man liest vielmehr als man schreibt. Das machen die Leute in den elektronischen Medien – die guten Leute – auch. Ich verbringe jeden Tag zwei bis drei Stunden mit Zeitungslesen, um zu sehen, was die anderen machen, was da hinter dem Horizont ist, was einen interessieren sollte. Man braucht in diesem Metier ständig die Anregung. Man braucht natürlich auch die Anregung von der Wissenschaft.

Das aufregendste Thema

Wir stehen heute in der internationalen Politik am Anfang einer Phase, die entweder sehr trübsinnig verlaufen wird, weil alle Leute noch immer in den Abkürzungen der Vergangenheit arbeiten und im Übrigen sagen, was alles aus innenpolitischen Gründen nicht geht. Die Leute sagen, was man eigentlich tun müsste, aber nicht tun kann. Die Situation wird für uns nicht unerträglich werden, aber wir werden in vier oder fünf Jahren immer deutlicher merken, dass die Elemente internationaler Ordnung wegbrechen. Gucken sie sich doch mal an, mit welchen Konzepten unsere Politiker noch umgehen. Das sind doch alles Dinge, die sie vor 20 oder 25 Jahren gelernt haben. Wir erfahren jetzt, dass die NATO unverzichtbar ist. Das ist richtig. Ja und was? Europäische Integration muss sich fortentwickeln. Ja und was? Wenn die Politikwissenschaft nicht mit bohrt an dieser Sache und Konzepte entwickelt, dann wird das alles ein ziemliches Vabanquespiel werden. Das Menschenrechtsthema wird sich ebenfalls verändern, und zwar, weil die Länder, die Zwangsmittel zur Verfügung haben, aus eigenem Interesse die Menschenrechte in anderen Ländern zu fördern versuchen, damit keine Flüchtlinge von dort kommen. Es ist kein Thema der moralischen Appelle mehr. Es wird zum egoistischen Thema. Menschenrechtsverletzungen in Griechenland oder in Russland oder in Polen oder in Indonesien und Kroatien sind nicht moralische Fragen, sondern richtige Interessenfragen geworden. Da hat sich etwas verändert. Ich sage das nur, um Ihren Mund wässrig zu machen auf das, was an aufregenden Themen vorhanden ist.

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. William Wallace und ich sitzen an einem Projekt des holländischen Wissenschaftsrates. Das ist sehr interessant, weil die Holländer feststellen, dass alles das, was sie bisher als Rahmen ihrer Außenpolitik verstanden haben, nicht mehr funktioniert. Die Engländer und die Amerikaner sind nicht mehr da. Plötzlich müssen sie sich mit der deutsch-französischen Achse vertraut machen, die sie immer mit tiefem Misstrauen betrachtet haben. Plötzlich müssen sie auch

fragen, was eigentlich aus den multilateralen Konstrukten wird, in denen sie bisher immer agiert haben, und ob es ausreicht, immer die Fahne der Multilateralität hochzuhalten, oder ob sie nicht daneben etwas Bilaterales haben müssen. Für dieses Projekt wollte ich mich unter anderem in das Thema „deutsch-französische Achse“ einlesen. Es gibt verdammt wenig über die deutsch-französische Achse. Woran liegt das? Liegt es daran, dass wir sie immer für selbstverständlich hingegenommen haben? Liegt es daran, dass sie so vage gewesen ist, dass Wissenschaftler sich nicht an sie herangewagt haben? Wie sind eigentlich diese beiden Länder über Höhen und Tiefen miteinander fertig geworden? Woran liegt es, dass, wie immer die Wahlen in den nächsten 15 bis 20 Jahren ausgehen werden, jeder der gewählt werden wird und die Regierung stellt, sich zunächst mal auf diese deutsch-französische Achse berufen wird? Was ist da los? Woran liegt das? Was hat sich tatsächlich verwandelt? Also: Mund wässrig machen, das erwartet der Journalismus von den Absolventen der Politischen Wissenschaften.

Ein weiteres hochinteressantes Thema bilden die neuen Länder. Diese Art von institutioneller Wiedervereinigung, die geschehen ist, ist faszinierend. In einem Bereich klappt die Wiedervereinigung glänzend, nämlich in dem Bereich der Institutionen. Lauter Ministerpräsidenten, lauter Parlamente, lauter Koalitionen, lauter Stimmen im Bundesrat. Wenn man sich ansieht, wie sich andere Länder des sozialistischen Blocks mit der Einpflanzung von Institutionen schwertun, ist das schon hochinteressant. Wenn Sie sich angucken, dass die Russen immer noch nicht wissen, wie sie einen Rechtsstaat gründen wollen. Das hätten die Sachsen möglicherweise auch nicht gewusst, wenn nicht einfach jemand gesagt hätte: So wird ein Grundbuch geführt, und das ist ein Justizminister und das ist hier ein Amtsrichter. Diese institutionelle Wiedervereinigung ist ein außerordentlich eindrucksvolles Modell. Aber das sind journalistische Happen.

Wie werde ich Journalist?

Erstens, es ist völlig gleichgültig, was Sie studieren. Ich habe mal überschlagen, wie das bei uns in der politischen Redaktion aussieht. Da sind zum größten Teil Juristen, Historiker und Volkswirte. Ich glaube, es gibt einen Slawisten. Es gibt gerade unter den Jüngeren zwei oder drei Absolventen der Politischen Wissenschaft. Und dann gibt es noch zwei Leute, die Zeitungswissenschaft studiert haben. Aber ich kenne auch solche, die gar nicht studiert haben und trotzdem erstklassig sind. Im Grunde genommen ist es völlig gleichgültig, was studiert wird. Und es ist auch

wahrscheinlich am uninteressantesten Zeitungswissenschaft zu studieren. Woran liegt das? Es liegt natürlich einmal daran, dass Journalismus, es sei denn er ist ganz begrenzter Fachjournalismus, sich nicht auf ein Gebiet festlegen kann. Sicherlich gibt es Leute, die immer die Autoseite schreiben müssen. Da ist es ganz gut, wenn Sie etwas von Autos verstehen. Und sicherlich gibt es auch Leute, etwa Wirtschaftsjournalisten, die am besten Volkswirte sind. Aber dann sollen Sie möglichst auch nicht spezialisiert, sondern breit angelegt sein.

Was braucht man als Journalist?

Man muss schnell reagieren und schnell einordnen können. Man braucht eigentlich nur zwei Elemente: das sind Urteil und Sprache. Urteil muss man auch über Dinge haben, die man nicht selbst beherrscht und die man sich anschaffen muss. Journalisten sind Experten auf Zeit. Sie dürfen gar nicht zu stark spezialisiert sein. Denn sonst passiert Ihnen, dass Sie zu den Themen, die außerhalb Ihrer Spezialisierung passieren, nur wenig zu sagen haben, während sie aber gleichzeitig da hinein geschupst werden. Wenn sich jemand wie ich mit nuklearer Strategie befasst hat und es wird plötzlich Plutonium geschmuggelt, dann wird gesagt: Du gehst daran. Keine Ahnung von Plutoniumsmuggel. Dann muss ich aber darüber nachdenken, wie ich daran komme. Wen frage ich? Experten auf Zeit heißen Leute, die sich das Fachwissen heranschaffen können, nicht jene, die es schon haben. Experten auf Zeit beherrschen das Verfahren des Heranschaffens von Wissen und Kenntnissen. Und dazu ist im Grunde genommen die Ausbildung auch in der Universität nur insofern von Belang, als sie genau dieses ermöglicht.

Universität als Kontaktschmiede

Darüber hinaus dient die Universität auch als Kontaktschmiede. Hier erlebt man einen der wenigen Abschnitte im Leben, in denen man nicht nur in seinem beruflichen Rahmen funktioniert, sondern auch darüber hinaus. Das ist wahrscheinlich in vielen unserer Universitäten schwieriger als in den Kontaktschmieden, von denen William Wallace zu berichten weiß. In Oxford, Cambridge, Princeton und Harvard bietet man auch etwas für den späteren Beruf. Einfach, weil man mit vielen Leuten zusammenkommt, die dann später in eine ganz andere Richtung gehen. Deutsche Universitä-

ten tun sich da schwer, aber ich merke, dass es bei Ihnen in diesem Kreis anders ist.

Warum sollte man sich nicht zu stark spezialisieren?

Weil sie im Wettbewerb leben. Sie wollen ins Blatt oder Sie wollen ins Programm. Sie wollen Platz haben. Ob das nun 60 Minuten oder 15 Minuten oder 3 Minuten im Fernsehen oder Radio sind oder ob das 150 Zeilen in der Zeitung sind, Sie wollen reinkommen, sonst würden Sie es nicht machen. Wenn ein Artikel über Irland gedruckt worden ist und drei Wochen später ist irgendwas in Irland passiert, wird nach dem Irlandspezialisten gefragt. Sehr schön, aber wenn der nur das macht, dann wird er auch herumsitzen. Infolgedessen ist das Fachwissen etwas was man mitträgt, mitnimmt, präsent haben muss, aber im Grunde genommen als das Elixier was man braucht, um darüber hinauszukommen. Journalismus ist auch Vielfalt. Das was daran Spaß macht, ist auch das Unerwartete, das nicht Planbare, das wo man losgeht, auf Achse geht. Wenn man zu einer Zeitung oder zum Fernsehen kommt, muss man natürlich auch etwas ganz anderes machen als man im Studium gelernt hat. Da heißt es dann: Es ist ja sehr schön, dass Sie alles über die UNO wissen, aber UNO ist jetzt nicht dran. Beschäftigen Sie sich doch mal mit Herrn Westerwelle, und zwar nicht drei Wochen lang. Das heißt, Sie müssen einsatzfähig sein, auch für Dinge, für die sie überhaupt keine Vorbereitung haben.

Urteil und Sprache

Zum Urteil gehört es sicherlich, irgendwo einen Fundus zu haben. Zum Urteil gehört, das hat Herr von Trotha schon angedeutet, auch Erfahrung. Und ich meine jetzt nicht, mal auf dem Bau gearbeitet zu haben. Das ist ja auch sicherlich sehr nett. Ich glaube, dass die Politikwissenschaftler für die Medien ungleich viel interessanter werden, wenn als Teil ihrer Ausbildung ein Praktikum in der Politik stattfindet. Meine Politische Wissenschaft sah sehr viel anders aus, bevor ich reingeguckt habe. Wir tun uns wahnsinnig schwer damit. An sich müsste so etwas institutionalisiert sein. Ich habe mal versucht, Herrn von Weizsäcker dafür zu gewinnen, so etwas einzuführen, was den White House Fellowships in Amerika entspricht. White House Fellowships werden auf Empfehlung der Universitäten, an die sogenannten High Flyers vergeben, die dann ein Jahr lang

an Plätzen in der Administration voll eingesetzt werden. Das heißt, sie dürfen nicht etwa nur so mal bei irgendwelchen Meetings, in denen keine geheimen Dinge diskutiert werden, reingucken, sondern sie werden voll in die Arbeit der Regierung reingenommen. Es gibt jedes Jahr ungefähr zwölf Leute, die das machen. Mein Vorschlag war dementsprechend ein Präsidenten-Fellowship, das mit der Autorität des Bundespräsidenten ausgestattet wäre. Ermunterungen dieser Art sind nicht nur auf eine Person bezogen, sondern sie strahlen auf die ganze Profession aus. Wenn sich herumspricht, dass man unter Umständen so etwas machen kann, wird es respektabel und salonfähig. Ich will noch nicht aufgeben, aber damals haben das die Beamten im Bundespräsidialamt sofort getötet, weil das mit unserem kameralistischen Prinzip nicht übereinstimmt. Wenn ich Politikwissenschaftler in Deutschland wäre, würde ich versuchen, dieses im Sinne der eigenen Disziplin hinzukriegen. Das braucht nicht jahrelang zu sein, aber es wäre ausgezeichnet, ein halbes Jahr oder auch drei Monate reingucken zu können, nicht nur so zu kiebitzen hier und da, sondern reingucken zu können, im Sinne von beteiligt sein. Im britischen Foreign Office sitzt ein deutscher Diplomat, der alles im Planungsstab mitmacht, und wir haben im Auswärtigen Amt in Deutschland einen Engländer, einen Griechen und einen Franzosen. Das heißt, unser Beamtensystem ist soweit, dass es anerkennt, dass Beamte nicht unbedingt deutsch sein müssen, um an alles ranzukommen, aber man muss Beamter sein. Wenn in Deutschland mal nach angelsächsischem Vorbild so etwas angeboten wird wie ein Summer Internship bei einem Bundestagsabgeordneten oder bei einer deutschen Behörde im Ausland, dann sollte man dort mitmachen. Denn das wird sich nicht nur im Lebenslauf auszeichnen, wo es auch ganz wichtig ist. Es wird sich auch im Eigenverständnis des Faches und in dem, was man leisten kann auszahlen.

Erfahrung heißt auch Kontakte

Als politischer Journalist, in welcher Art von Medien sie auch tätig sind, müssen sie Akteure aus Situationen kennen, die anders sind als Pressekonferenzen. Sie müssen Ihnen auf einer Basis begegnet sein, in der die wissen, dass sie Ihnen vertrauen können, dass sie nichts darüber schreiben werden. Sie müssen Vertrauen geschaffen haben, so dass Sie, wenn irgendwas passiert, auch mal anrufen können. Sie müssen Verbindungen dieser Art haben. Und die schafft man sich wirklich nur indem man rangeht, indem man auch Vertrauen hat, indem man darin investiert. Das ist nicht mehr sehr modern. Vielfach ist Journalismus heute ein Voyeurjournalis-

mus geworden. Aber ich glaube für seriösen politischen Journalismus muss man rangehen. Man muss die Leute kennen. Die müssen einem vertrauen. Man kann nicht darauf vertrauen, dass sie jedes Mal lesen, was man geschrieben hat. Politiker lesen immer weniger. Und ihre Pressereferenten sind nur daran interessiert, festzustellen wann sie wieder in die Zeitung kommen können. Das muss man schon selbst machen. Und man muss auch mit den Beamten sprechen. Denn die sind viel präsenter, wenn es um Fachwissen zu einem bestimmten aktuellen Problem geht. Die haben ihren Aktenordner, die haben ihre Hilfsreferenten, und die haben ihre internationalen Vereinbarungen. Das heißt, man muss als politischer Journalist nicht nur die Politiker kennen, und zwar so kennen, dass sie einem vertrauen, sondern man muss auch zu den Beamten Zugang haben, die Kontakte pflegen und investieren. Man muss natürlich auch zu den Leuten Kontakt haben, die außerhalb der Politik etwas wissen.

Sprache kann man lernen

Ich sollte noch etwas zur Sprache sagen. Sprache lernt man an der Universität eigentlich nicht. Sprache kann man aber lernen. Es gibt natürlich die ganz großen Künstler, die Leute, die einfach etwas mit Worten ausdrücken können. Aber dann gibt es auch die guten Handwerker, und dieses Handwerk Sprache kann man lernen. Das heißt nicht nur Wortschatz, das heißt auch etwas interessant machen. wie kriege ich eigentlich Leute dazu, dass sie anfangen zu lesen? Und wenn ich sie dazu bekommen habe anzufangen, wie kriege ich sie dazu, dass sie dabei bleiben? Die meisten Artikel werden angelesen, aber nicht zu Ende gelesen.

Wie kriege ich im Fernsehen die Leute dazu, dass sie nicht weiterzappen oder im Radio, dass sie nicht umschalten. Das ist etwas, was man lernen kann. Wie kann ich etwas Kompliziertes erklären? Das schwierigste ist zu wissen, was ich selbst meine. Wenn ich das weiß, wenn ich weiß, darauf kommt es mir an, das ist mir wichtig, dann haut es irgendwie hin. Und dann kann es natürlich herrlich sein. Sie sitzen da und kriegen am Montag den Platz, um für Dienstagabend einen Artikel fertig zu haben. Sie gehen in das Archiv und rufen vielleicht noch ein paar Leute an, und dann wühlen sie sich durch diesen Krempel durch. Montagnacht bis Dienstagmorgen und plötzlich denken sie: Aha, das ist der erste Satz. Und das ist wie mit einem Samenkorn: Der erste Satz bestimmt den letzten. Das ist eine rätselhafte, aufregende Erfahrung. Wenn man einen anderen ersten Satz genommen hätte, wäre der Artikel ganz anders geworden. Das ist eine auch demütigende Erfahrung' Man kriegt manchmal nicht alles richtig

hin. Aber das kann man lernen und das kann dann faszinierend sein, richtig faszinierend. Plötzlich kommt es, und plötzlich fällt es einigermaßen richtig. Dann haben sie zu lang geschrieben und müssen kürzen, und dann müssen sie Bildunterschriften machen und so weiter. Das Schreiben kann man lernen.

Was muss man mitbringen?

Neugierde, nichts als Neugierde. Auf Menschen, auf Sachen, auf Themen. Ein Journalist ohne Neugierde und solche gibt es auch gerade in Zeiten, in denen so viel neues passiert, so viel Umbruch da ist, wird es sehr schwer haben. Man braucht natürlich auch eine präzise Bildung. Historiker haben deshalb immer gewisse Vorteile als Leitartikler, weil die immer so schön Jakob Burckhardt zitieren können. Die präzise Bildung kommt natürlich auch vom Studium, aber sie kommt vor allem dann vom Studium, gleich welcher Art, wenn es einem Spaß macht. Jemand der etwas studiert, ohne dass es ihm Spaß macht, ohne dass es ihn packt, wird das nicht mitbringen können. Man braucht Einordnungsvermögen. Deswegen bin ich immer ganz froh gewesen, Jurist zu sein, weil es einem das Einordnen hilft. Und deswegen bin ich auch immer der Ansicht gewesen, dass die Juristerei keine Wissenschaft ist, sondern ein Handwerk. Bei Zeitungen in denen in Konferenzen entschieden wird, ist es ganz wichtig, dass sie nicht nur sagen: Ich bin schon immer derjenige gewesen, der über Nonnenklöster in Baden-Württemberg geschrieben hat. Sie müssen vielmehr auch sagen: Dieses ist jetzt das wichtige Thema und so möchte ich es machen. Die Konferenzen sind auch der Platz, in dem Platz verteilt wird. In denen, wenn sie gut sind, auch gemeinsam nachgedacht wird. Wenn auch oft furchtbar viel geschwätzt wird und unnötiges gesagt wird. Artikulation kann man ebenfalls lernen.

Schreiben kommt von Schreiben

Je mehr man schreibt, desto mehr kann man schreiben. Das heißt nicht unbedingt, dass Sie regelmäßig beim Südkurier jobben müssen, aber das heißt, dass Sie die Möglichkeit haben sollten, sich schriftlich auszudrücken, und zwar so, dass Sie nicht nur für Ihren Professor oder Ihre Seminare schreiben.

Das beste Mittel um reinzukommen, sind die guten Journalistenschulen. Davon gibt es zwei: eine in München und eine in Hamburg. Es ist wahnsinnig schwierig, da reinzukommen. Da herrscht ein großer Andrang. Wenn man drin ist, ist es fantastisch, denn da kriegt man eine Querbeetausbildung, in Tageszeitungsjournalismus, in Fernsehen, in Rundfunk, in Illustrierten, in was weiß ich. Man ist drei Monate oder fünf Monate jeweils bei etwas anderem. Das heißt, man kann das machen, was heute an sich das Interessanteste ist, nämlich sehen für welches Medium man geeignet ist. Es empfiehlt sich heute, wenn Sie schreibender Journalist sind, das Fernsehen nicht ganz auszulassen. Es hilft für Kontakte, und es hilft für Artikulation. Es hilft auch, das was einem wichtig ist rüberzubringen, und zwar einer sehr viel größeren Zahl von Menschen als die man sonst erreicht. Neben den Journalistenschulen, gibt es dann auch noch Volontariate. Ich glaube ARD und ZDF haben jeweils Volontariate. Es gibt auch bei uns Leute, die hospitieren. Die kommen aber meistens aus den Journalistenschulen. Wenn jemand bei der „ZEIT“ hospitiert, dann ist der meistens schon jemand, der ein bisschen was gelernt hat, der ein bisschen Ausbildung gehabt hat. Bei einer Wochenzeitung lernt man wenig vom Journalismus. Da sitzt man in Konferenzen, und einmal in der Woche geht es irgendwann los. Aber wenn man sehen will, ob einem das liegt, dann ist nichts besser als eine lokale Zeitung, wo man auch eingesetzt wird, wo man losgeschickt wird.

Absolut wichtig, und zwar nicht nur wegen der Sprache, das ist ja fast selbstverständlich, sondern auch, um das eigene Land von außen gesehen zu haben. Einfach, um das einordnen zu können. Wir Deutschen neigen wie jedes andere Land sehr zur Nabelschau.

Und die Schlussantwort: Was erwartet der Journalismus von Absolventen der Politischen Wissenschaften? Weniger als Sie mitbringen, und mehr als Sie an der Uni gelernt haben.

Wissenschaftliche Theorie und wirtschaftliche Praxis

*Christoph Münzer**

Neben einem veritablen Minister und einem renommierten „ZEIT“-Journalisten habe ich als „normaler“ Öffentlichkeitsarbeiter möglicherweise einen schweren Stand. Ich habe vor kurzem in einem Magazin, das sich selber gedrucktes Fernsehen nennt, gelernt, dass man Probleme umformulieren und sich mit ein paar kernigen Marketingweisheiten durch das Leben mogeln kann und ich greife eine Formulierung auf: Vielleicht liegt in diesem Problem, das ich da eben beschrieben habe, auch eine Chance. Vielleicht liegt eine Chance in meiner zeitlichen Nähe zur Universität. Ich habe vor nicht allzu langer Zeit noch in Freiburg studiert, und zwar vor allem Volkswirtschaft aber auch Politik. Ich habe Proseminare bei Dr. Mielke über das amerikanische Regierungssystem besucht, bei Dr. Hübinger über Max Weber, bei Prof. Hennis über Rousseau. Ich habe einige Persönlichkeiten und Menschen kennengelernt, mit denen Sie auch in der einen oder anderen Form Kontakt haben dürften. Vielleicht liegt eine zweite Chance darin, dass ich auf dem Arbeitsmarkt weder ein High-Flyer noch schwer vermittelbar bin, sondern vielmehr das, was man auf Neudeutsch einen „Normalo“ nennt und vielleicht spreche ich damit den mengenmäßigen Gipfelpunkt auf der Gausschen Normalverteilungskurve an.

Die Frage, „Was mache ich nach dem Studium?“, wird gegen Ende des Studiums sicherlich beunruhigend konkret. Man stellt sich auf ganz neue Weise die Frage: Was habe ich eigentlich studiert, was kann ich mit meinen Fächern machen? Es gibt zu diesem Thema viele bekannte Pro und Contras und noch mehr Statistiken, die die Zeitungen füllen. Es gibt jede Menge Broschüren, von denen Sie sicherlich die meisten kennen. Ich werde heute also nicht jede Menge Zahlen darüber aufrollen, wie viele Politikwissenschaftler nach ihrem Studium wo landen. Das alles ist von Experten bereits sehr genau ermittelt worden. Ich würde es heute viel lieber ein bisschen persönlich machen und werde deshalb zunächst mit meinem Lebenslauf beginnen.

* Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, PFIZER GmbH.

Ich habe mein Studium 1983 in Freiburg mit Politik und Volkswirtschaft begonnen, ohne große Pläne für die Zukunft. Gleichzeitig habe ich noch etwas journalistische Erfahrung gesammelt – nicht bei der „ZEIT“, sondern beim „Offenburger Tageblatt“ in der Lokalredaktion. In späteren Semestern war ich eine Weile wissenschaftliche Hilfskraft am geldpolitischen Lehrstuhl von Prof. Ehrlicher an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Ich habe da zum ersten Mal – nach den einführenden Veranstaltungen zur Statistik oder zur allgemeinen Regierungslehre – ein bisschen wissenschaftlich gearbeitet, hauptsächlich im Bereich Geldpolitik, und ich muss sagen, es hat mir Spaß gemacht. Schon im ersten Semester wollte ich weit weg in die USA, und habe mich damals auf dem Auslandsamt für meine Frühreife auslachen lassen. Ein Erlebnis, das mich aber nur kurzfristig entmutigen konnte. Ich bin dann tatsächlich 1986/87 über ein Austauschprogramm des Landes .Baden-Württemberg nach Portland (Oregon) gegangen, um Wirtschaftswissenschaften – Economics – zu studieren. Ich habe in den USA – außer Englisch – vor allem gelernt, dass man Dinge anders sehen, dass man Probleme anders lösen, dass der Umgang mit Menschen anders geregelt sein kann als in Europa. Viele Wege führen ans Ziel und Neues hat nicht nur seinen Reiz, sondern oft auch einen Sinn. Mir hat es in Oregon jedenfalls sehr gut gefallen. Als ich nach über einem Jahr zurückgekommen bin, hatte ich einen akuten Kultur-Schock und musste mich regelrecht „regermanisieren“. Deutschland erschien mir als bürokratisches System, in dem der unfreundlichste Amtmann überlebt. Zurück in Freiburg habe ich eine Diplomarbeit in VWL über einen „Vergleich der geldpolitischen Restriktionsphasen 1973/74 und 1979-82“ erfolgreich in Angriff genommen. Danach wollte ich der Wissenschaft noch eine Weile erhalten bleiben und habe eine Dissertation bei Prof. Francke über ein bankaufsichtliches Thema begonnen und darüber auch promodann Erfahrungen in der Industrie sammeln und bin jetzt Leiter der Öffentlichkeitsarbeit bei PFIZER in Karlsruhe.

Karl Pfitzer, der Firmengründer, war ein gebürtiger Ludwigsburger und ist dann während der 1848er Unruhen in die USA ausgewandert und hat dort das „T“ aus seinem Namen gestrichen. Er hat sich in Brooklyn niedergelassen dort begonnen, eine Zitronensäureproduktion aufzubauen. Mittlerweile ist aus dieser kleinen Manufaktur ein Konzern mit über 40.000 Mitarbeitern hochgewachsen ist, der in 140 Ländern exportiert und in 40 Ländern produziert. Eines der Produktionsländer ist Deutschland und 80% des deutschen Geschäfts werden aus Karlsruhe gesteuert. Der deutsche Bekanntheitsgrad des Namens PFIZER tritt bisweilen hinter das internationale Renommee der Präparatepalette zurück, die der intensiv forschende Konzern in fast 150 Jahren entwickelt hat. Auch wenn Politik-

wissenschaftler Ihres Alters vermutlich noch wenig Kontakt zu den PFI-ZER-Therapie-Schwerpunkten im Bereich Herzkreislauf und Antibiotika hatten, möchte ich doch ein paar Präparate nennen: Terramycin, Felden, Diflucan, Norvasc und Zithromax sind Präparate, die bei Ärzten in der ganzen Welt einen ausgezeichneten Ruf genießen. In diesen – rezeptpflichtigen – Feldern liegt der Umsatzschwerpunkt. Im Firmen-Portfolio befinden sich noch ein paar sogenannte OTC-Produkte, die in Apotheken verkauft werden, wie etwa die Erkältungspalette um Rhinopront und Rhinofussal oder die Claire Fisher-Hautpflege-Serie, die Sie vermutlich kennen. Das waren die wesentlichen Stationen meines bisherigen Berufslebens.

Was ist wichtiger: Theorie oder Praxis?

Die Diskussion „Was ist wichtiger: Theorie oder Praxis?“ ist weder neu noch zufriedenstellend beantwortet. Es gibt – in diesem Fall klassisch theoretisch argumentiert – zwei Extreme. Nennen wir eines so: *Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie*. Mit dieser Formulierung tröstet man sich während des Studiums ein bisschen darüber hinweg, dass der Praxisbezug häufig ein wenig fehlt. Wo liegen die inhaltlichen und methodischen Parallelen zwischen Theorie und Praxis?

Der Student lernt studieren – und damit meine ich jetzt nicht nur den Gaudeamus-Igitur-Teil –, sondern auch, dass abstraktes Lernen auch in der Praxis umsetzbar ist. Beweise in Personalanzeigen hierfür sind: konzeptionelles, vernetztes, analytisches, kreatives, ganzheitliches Denken. Diese Dinge lernt man durch aus im Studium und sie sind hinterher gefragt, sonst würden sie nicht permanent gefordert werden. Zudem hat man als Student ständig kleine Projekte zu bewältigen. Eine Hausarbeit, ein Vortrag, eine Diplomarbeit, das Examen, eine Dissertation, das sind in der Tat gar nicht so kleine Projekte, die sich häufig über einen längeren Zeitraum hinweg erstrecken. Da ist man der zuständige Projektmanager. Für alle Schritte ebenso wie für das Ergebnis ist man allein verantwortlich. Man lernt, an einer großen langwierigen Aufgabe selbständig „dranzubleiben“ und in großen Dimensionen zu denken. Da ist ständig Selbstdisziplin und Organisationstalent gefordert, wenn man erfolgreich sein will. An der Uni bewegt man sich in einer grollen Organisation. Auch Unternehmen sind Organisationen, Hierarchien, Strukturen. Man macht die Erfahrung, dass man sich alleine durchschlagen und irgendwann zu einem Ergebnis kommen muss. Ein zweiter Punkt ist das, was ich „Kulturtugenden“ nenne. Also schreiben, über die Rechtschreibung hinaus, sich richtig und prägnant ausdrücken, Dinge schriftlich präsentieren können, vortragen, diskutieren,

zuhören. Das sind alles Dinge, die auch in der Wirtschaftspolitik bei der Kammer oder in Unternehmen wie PFIZER stattfinden. Da gibt es Arbeitsgruppen, Teams mit vier oder fünf Mann. Da werden Argumente ausgetauscht, wird diskutiert, da muss man sich durchsetzen. Ich kann in meiner Arbeit sehr häufig vergleichbare Situationen feststellen. Aber etwas Wesentliches kommt noch hinzu. Ich habe gesagt, dass es nichts Praktischeres gibt als eine gute Theorie. Weshalb kann man dies vertreten? Theorie hat das Nachdenken über Sollzustände zur Folge. Wie sollte etwas geregelt werden? Welche Alternative führt am besten ans Ziel? Das ist etwas, was einem reinen Praktiker gelegentlich fehlt. Ein theorieloser Pragmatiker sagt: Es ist halt so. Damit gibt sich ein lupenreiner Theoretiker natürlich nicht zufrieden. Der Theoretiker sagt: Es könnte auch alles ganz anders sein; es könnte vor allem viel besser sein. Wie sollte etwas organisiert sein, damit die Masse der Systemkomponenten optimal zur Zielerreichung genutzt werden kann? Ist das Ziel überhaupt das richtige?

Was hat ein Politikwissenschaftler gelernt?

Als Politikstudent haben Sie mit Menschen und Mächten zu tun. Darüber gibt es viele Bücher; z.B. ein gleichnamiges von Helmut Schmidt. Darin – im Zusammenspiel zwischen Menschen und Mächten – sind sich Unternehmen und Politik ganz ähnlich. Politikwissenschaftler analysieren Organisationen und ihre Regeln – formelle und informelle. Welche Organisationstypen gibt es? Welche Regeln kennzeichnen diese Organisationen? Welche Gremien entscheiden? Wie tun sie das? Welche Probleme entstehen daraus. Diese theoretischen Überlegungen grundsätzlich anzustellen und den Kontakt mit großen Geistern zu haben – einen Kontakt, den man später im Unternehmen vielleicht nicht mehr so intensiv hat – das ist schon ein großartiges Angebot. Sie befinden sich an der Uni immer auf einer sehr hohen Ebene, auf einem sehr hohen theoretischen Niveau. Sie trainieren normatives Denken, den kritischen Ansatz, die Suche nach dem optimalen Zustand, des Sein-Sollens. Das ist in der Praxis hinterher – man mag das bedauern – nicht immer so entscheidend. Bei einer theoretischen Ausbildung sucht man nach einer allgemeinen Lösung eines Problems. Später im Unternehmen sucht der Angestellte nur eine spezielle Lösung, die nicht allgemein richtig sein muss, die aber konkret ist und schnell helfen soll, die nützt. Solange Sie an der Universität sind, suchen Sie noch den idealen Seinszustand – vielleicht auch vergeblich.

Die Universität ist ein Angebot

Ich möchte zusammenfassen, was ich eben gesagt habe. An der Uni werden intellektuelle Eigenschaften trainiert, die Uni ist ein Angebot. Sie haben jeden Tag eine riesige Bibliothek zur Verfügung, Sie haben Zeit, Sie haben Menschen, mit denen Sie sich auseinandersetzen können, die Ihnen helfen wollen, deren ausschließliche Aufgabe es ist, Ihnen zu helfen. Und Sie haben nur ein Ziel: Ihre intellektuellen Eigenschaften in dieser Zeit zu vervollkommen.

Bloße Theorie nützt praktisch nichts

Es gibt nichts Praktischeres als eine gute theoretische Ausbildung, hatte ich Ihnen eben gesagt. Die Antithese: „Bloße Theorie nützt praktisch nichts“, birgt aber auch mehr als nur ein Körnchen Wahrheit. Die klassischen Kritikpunkte an einer Universitätsausbildung stehen zum Beispiel bei der Diskussion um den Standort Deutschland fast täglich in der Zeitung: Das Studium sei zu lang, die Inhalte seien praxisfern, die Studenten bekämen einen linken Touch, wenn Sie sich zu lange in diesem Milieu aufhielten. „Diskussionswissenschaften“, hat Lothar Späth vor ein paar Jahren einmal überspitzend gesagt, sei die eigentliche Leidenschaft des Studenten.

Ob das alles wirklich stimmt, ist eine ganz andere, aber genau genommen unwichtige Frage. Es gilt, dass Teile der Industrie diesen Sachverhalt zumindest so sehen und er damit zur Realität wird. Denn ein klassischer Personalleiter, der nach 20 oder 30 Jahren in seinem Beruf ein alter Fuhrmann geworden ist, der kennt Rousseau und Max Weber vielleicht noch vom Namen her, aber er hat täglich natürlich ganz andere Sorgen. Er will natürlich Berufsanfänger, die vom ersten Tag an arbeiten und die sich leicht führen lassen. Ein aufgeweckter Student mit „kritischem“ Bewusstsein, der sagt: Muss das alles so sein. können wir das nicht auch anders machen? Ein solcher Mensch sagt nicht automatisch: „Jawohl, Herr Direktor“, sondern widerspricht auch einmal. Und das kann einen Unternehmensablauf natürlich nicht immer im Sinne des Personalleiters aber er ist schließlich derjenige, der Sie einstellt. Er ist ein Nadelöhr, durch das Sie hindurch müssen – Kritik hin und Kritik her.

Es ist häufig kritisiert worden, dass ein Studium hauptsächlich als eine Hinführung auf ein öffentlich-rechtliches Dasein mit allen Privilegien konzipiert worden sei. Früher war dies gewiss nicht falsch, denn die Masse der Akademiker sind im öffentlichen Dienst aufgenommen worden. Der

Trend weist unterdessen ganz deutlich in eine andere Richtung. Dieses Ausbildungsziel gehört mittlerweile der Vergangenheit an und das Traumprodukt der Personalchefs ist jetzt der industriell einsetzbare Akademiker.

Dieser Trend hat auch wieder soziologische Gründe. Erstens kann man Akademiker aufgrund des stark angestiegenen Angebots derzeit recht günstig einkaufen, was früher nicht immer der Fall war. Und zweitens sind Akademiker unterdessen in den Hierarchien nach oben gewandert. Ein Freiburger Volkswirt, der wie im Fall PFIZER Personaldirektor geworden ist, wird natürlich im Zweifelsfall sagen: Volkswirte aus Freiburg, die find' ich gut. Das ist nichts Ungewöhnliches, denn jedes System neigt zur Selbstreproduktion.

Eine akademische Ausbildung ist mittlerweile für die meisten Positionen eine Art Eintrittskarte, unabhängig davon, was von den Studieninhalten in der Praxis gebraucht wird. Das heißt natürlich nicht, dass diese Inhalte nicht auch gebraucht werden, aber der soziologische Faktor ist dem fachlichen häufig vorgeschaltet.

Dynamisch, flexibel, belastbar...

Das Anforderungsprofil der Wirtschaft kennen Sie sicherlich: dynamisch, flexibel, belastbar, einsatzfreudig, durchsetzungsstark, kommunikativ, Machertyp und 22 Jahre alt. Das ist natürlich ein Traumbild. Ich habe dem gewiss nicht entsprochen und dennoch einen Job gekriegt. Das Profil beschreibt Maximalforderungen und wer diese alle erfüllt, der ist sicherlich überqualifiziert. So jemanden stellt ein Personalchef auch wieder nicht gern ein. Im Bereich der Gausschen Normalverteilung, die ich anfangs schon mal angesprochen habe, spielt sich naturgemäß das Wesentliche ab. Ich fasse noch mal die Praxisanforderungen zusammen. Es werden in stärkerem Maß charakterliche Eigenschaften verlangt, weniger intellektuelle. Durchsetzungsfähigkeit, etwa, hat nichts mit Intelligenz zu tun. Ich weiß nicht, ob man sogar sagen kann, dass beides negativ korreliert, aber sicherlich nicht unbedingt positiv. Während die Uni letztendlich ein Angebot, eine Bildungsinstitution des Staates darstellt, ist der Beruf eine Forderung des Arbeitgebers. Da drehen sich die Anspruchshaltungen plötzlich auf unangenehme Weise um.

Neue Ratschläge sind sicherlich rar, die alten kennen Sie zu Genüge. Ein zügiges Studium, gute Noten, Auslandsaufenthalte, Sprachkenntnisse, Job-relevante Praktika, die Liste ist noch länger und wird in jedem Monat von einer anderen Zeitschrift neu vorgetragen. Ich möchte dabei einen Punkt betonen: Die verlangten Qualifikationen sind nötig, um die späte-

re Arbeit zu bewältigen und auch für größere Aufgaben „Potential“ zu haben. Sie sind vor allem aber nötig, um sich gegenüber dem übrigen Bewerberfeld abzusetzen. In einem übervollen Arbeitsmarkt ist Profilierung das oberste Gebot. Daraus können sich also nur zwei Extrem-Strategien ergeben: Entweder Sie übererfüllen die vorgegebenen Normen so gut wie Sie können und ragen an der Spitze hervor. Dann bekommen Sie entweder einen Traumjob oder sind in einer anderen Position überqualifiziert. Oder Sie fahren eine Exoten-Strategie und ragen an der Seite heraus. Dann fallen Sie auf und bekommen vielleicht den Job, der auf Ihr Profil passt. Für welche Variante Sie sich entscheiden, müssen Sie selbst am besten wissen. Wichtig ist, dass Sie sich bewegen und etwas unternehmen. Mit etwas Glück, gut gepflegten Kontakten – damit meine ich nicht ererbtes „Vitamin B“, sondern selber aufgebaute Beziehungen – und einer Handvoll Bewerber-Leitfäden kann eigentlich wenig schiefgehen.

Praxisschock

Ich möchte jetzt vor allen Dingen auf eines eingehen, womit jeder Absolvent zu Anfang des Berufslebens zumindest ein bisschen zu tun hatte. Das Stichwort ist „Praxisschock“.

Ja, so etwas gibt es, und ich werde aus meiner Sicht analysieren, worin diese Plage besteht. Lassen Sie mich zur anschaulichen Darstellung wieder die Extrempositionen wählen.

Was ist die Universität? Die Uni ist die theoretische Beschäftigung mit den großen Problemen der Menschheit, mit der ständigen Versuchung, zu glauben, die Lösung gefunden zu haben. Sie analysieren in Seminaren, weshalb Napoleon die Schlacht bei Waterloo verloren hat, und kommen in der Bibliothek zum Ergebnis, dass Ihnen diese peinliche Panne wahrscheinlich nicht unterlaufen wäre. Es werden aber in der Realität keine Handlungserwartungen der Umwelt an Sie gestellt und Sie tragen deshalb ja auch keine Konsequenzenverantwortung. Sie müssen weder selbst befehlen oder marschieren, noch fallen Sie im Kampfe. Solche oder ähnliche akademischen Fragen lösen Sie im Verein mit Gleichgesinnten, die dasselbe Problem oder ein ähnliches haben. Sie tauschen Fakten und Argumente aus, mit dem Ziel, Ihren oder den gesellschaftlichen Wissensstand zu erhöhen. Sie befinden sich in einer Wissens-Meritokratie, in dem das bessere Argument sticht. Der Weg ist das Ziel. Das ist manchmal etwas langweilig und blutleer, aber fast immer ungefährlich.

Was aber ist die Praxis? Die Praxis ist die konkrete Beschäftigung mit den „kleinen“ Problemen eines Betriebs oder einer Organisation mit der

ständigen Gefahr, die Lösung dieses Problems nicht zu finden. Weshalb gibt mir Herr X. die Januar-Zahlen noch nicht, fragen Sie sich vielleicht, obwohl Sie Zahlen eigentlich für Ihre Arbeit bräuchten. Ihre Umwelt – Ihr Vorgesetzter – richtet dennoch Handlungserwartungen an Sie und zieht Sie bei Misslingen ihrer Pläne zur Verantwortung. Ihre Probleme lösen Sie zusammen mit Kollegen, die vor allem an ihrer eigenen Beförderung interessiert sind und da kann ein kompetenter Kollege auch mal stören. Sie befinden sich in einer Hierarchie und das Ziel ist das Ziel. Das ist nicht immer eine intellektuelle Herausforderung, aber es ist dafür auch selten blutleer.

Woher rührt nun der Praxisschock? Ich denke, es gibt mehrere Ursachen, weshalb ich das Ganze „multifaktorielles Frustrationserlebnis“ nennen will, um vor Ihnen zu bekunden, dass ich auch noch etwas von der Universität behalten habe. Der Praxisschock entsteht:

- Da man die großen Probleme der Welt an der Uni theoretisch erfolgreich gelöst hat, aber bei den kleinen Problemen der Praxis gelegentlich kapitulieren muss. Das ist normal und daran muss man sich schlicht gewöhnen.
- Der Praxisschock entsteht aber auch, weil man sich gut für das Leben „da draußen“ vorbereitet gefühlt hat, und dann von Praktikern in jeder Kurve überholt wird. Man hätte sich vielleicht lieber dem traditionellen Akademikerdünkel ergeben, aber dann muss man sehen, dass man auch ohne Tocqueville und Hobbes Karriere machen und auch – geben wir's zu – ganz ordentlich Geld verdienen kann.
- Wer von der Uni kommt, muss umdenken. War man als Examenskandidat dem scheu dreinblickenden Erstsemester haushoch überlegen, so ist man nun wieder am Anfang und kennt sich nicht aus. Die geheimen Spielregeln sind etwas anders als im Seminar und man lernt sie nur durch Erfahrung. Praktikageübte haben da vielleicht einen Vorsprung.
- Eine weitere Ursache des Praxisschocks ist das Gefühl, nur für einen kleinen Ausschnitt des Gesamtprozesses verantwortlich zu sein. Man übernimmt eine Teilfunktion – wenn Sie so wollen: als „kleines Rädchen“ – und fühlt sich nicht immer integriert? Man steuert wenig, sondern führt zunächst nur aus, bis man sich „bewährt“ hat. Und die Phase der Bewährung dauert länger als ein Semester.

Insgesamt entsteht bei dem typischen Berufseinsteiger das Gefühl von inhaltlicher und formaler Überqualifikation und gleichzeitiger faktischer Überforderung. Man will größere Aufgaben bewältigen und fühlt sich auch berufen, aber man darf nicht immer gleich ans Werk und landet auch selten sofort einen Treffer. Ein großer Trost besteht darin, dass es

allen so geht und der Schock nicht allzu lange anhält – denn flexibel sein, das hat man ja gelernt. Aber ich habe auch Worte des Trosts mitgebracht. Ich kenne in meinem Freundeskreis keinen Geisteswissenschaftler, der nicht – mal nach kurzer, mal nach längerer Suche – einen angemessenen Arbeitsplatz gefunden hätte, denn Arbeit gibt es noch immer genug – man muss sie nur finden. Die Suche nach dem eigenen Stärken/Schwächen-Profil und originelle Bewerbungsstrategien helfen Ihnen bestimmt – etwas Glück gehört dazu. Ich wünsche es Ihnen sehr. Ihr Ziel muss sein, der richtige Mann oder die richtige Frau an der richtigen Stelle zu werden. Ihre Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht, denn Sie haben sich mit Menschen und Mächten beschäftigt. Geduld, Durchhaltevermögen, Diplomatie und Strategie und Taktik sind nötig, um im Berufsleben voranzukommen. Wer Lenin und von Clausewitz gelesen hat, bekommt im Berufsleben reichlich Gelegenheit, sich an der Umsetzung von „Strategie und Taktik“ zu versuchen. Und wer zur inhaltlichen und formalen Qualifikation auch noch die Praxistauglichkeit erwirbt, ist runder qualifiziert als jeder andere. Genau darin liegt die Chance der Politikwissenschaftler.

*Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Kollegiengebäude IV, Sitz des Seminars für
Wissenschaftliche Politik.*



*Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt am 26. November 1991 an
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.*



Seminar Sommersemester 1992. Ganz links: Klaus Driever, der erste Doktorand (1995)



Seminar Sommersemester 1992: In der Mitte: Matthias Pape, der zweite Doktorand (1995)



Kolloquium mit Examenskandidaten 1993. Von links: Gerd Leutenecker, Martin Rupps, Martin Weber, Ludger Kühnhardt



Kolloquium mit Examenskandidaten 1993. Andreas Beierwaltes zwischen den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Beate Preuschhoff und Regina Braach, rechts: Matthias Pape.



Kolloquium für Examenskandidaten 1993. Von links: Martin Weber, Ludger Kühnhardt, Hüseyin Bağcı, Gastdozent aus Ankara, Xuewu Gu, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Habilitand.



Mit Dorothee Scheuing, der stets tatkräftigen und kommunikativen Bürochefin.



Freiburger Politikdialog am 24./25. November 1994: Vor dem „Historischen Landgasthaus Zur Linde“ in Münstertal mit Habilitanden, Doktoranden und weiteren Examenskandidaten sowie Christoph Münzer, Pfizer GmbH, und William Wallace, Gastdozent vom St. Antony's College Oxford.



Postille der Freiburger Fachschaft Politik 1994/1995: Ludger Kühnhardt mit seinen Kollegen Dieter Oberndörfer und Wolfgang Jäger inmitten der Star Trek-Crew.

Die Fachschaft Politik präsentiert;

Das Kommentierte



Winter 94/95

1. Freiburger Politikdialog: Klaus von Trotha, Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg (CDU), Felix Zimmermann, Christoph Bertram, Die Zeit.



1. Freiburger Politikdialog 1994: (von links) Matthias Pape, Volker Hofheinz, Frank Waltmann, Harald Franke, Xuewu Gu, Martin Weber, Christoph Bertram, Die Zeit, Felix Zimmermann, Minister Klaus von Trotha, Ludger Kühnhardt, Andreas Beierwaltes.



1. Freiburger Politikdialog 1994: (von links) Holger Thuss, Gaststudent aus Jena, Frank Rauch, Michael Koether, Gerd Leutenecker, Marcus Höreth, Hariolf Frankenreiter, Matthias Pape.



1. Freiburger Politikdialog 1994: Dank an Minister von Trotha.



1. Freiburger Politikdialog 1994: Christoph Bertram, Die Zeit, Martin Weber.



1. Freiburger Politikdialog 1994: Christoph Bertram, Klaus Driever, Johannes Beverungen, Volker Hofheinz, Felix Zimmermann'



1. Freiburger Politikdialog 1994: Christoph Münzer, Pfizer GmbH.



Was will die Praxis von der Politikwissenschaft?

Freiburger Politikdialog am Seminar für Wissenschaftliche Politik

Was erwarten Politik, Wirtschaft und Journalismus von Absolventen der Politischen Wissenschaften? Diese Frage haben jetzt Studierende der Universität Freiburg mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens diskutiert. Forum war der neugegründete „Freiburger Politikdialog“, zu dem Professor Dr. **Ludger Kühnhardt**, Ordinarius für Wissenschaftliche Politik, künftig jährlich seine Examenkandidaten und Doktoranden einladen will. Kühnhardt griff damit eine Anregung von Studenten auf, die an der Schwelle zum Beruf Kontakt mit Akteuren der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit suchen. Zugleich klagten sie darüber, daß eine dauerhafte

Verbundenheit untereinander und mit ihrem Professor über die reine Studienzeit hinaus im System der deutschen Universität nicht vorgesehen ist. Der „Freiburger Politikdialog“ will hier im Bereich der hiesigen Politikwissenschaft eine Lücke schließen.

Klaus von Trotha, Baden-Württemberg Minister für Wissenschaft und Forschung, kam zum Politikdialog, weil „ich noch an die Kraft und den Sinn eines Dialogs glaube.“ Er überraschte zunächst mit dem Bekenntnis, einem

„apolitischen Haus“ vorzustehen. „In meinem Ministerium gibt es keine Politikwissenschaftler.“ Das sei aber nicht typisch für die Aussichten von Politikologen auf dem Arbeitsmarkt. Laut von Trotha haben sich die Berufsperspektiven für Geistes- und Sozialwissenschaftler verbessert. Das führt der Minister auf deren Flexibilität im Denken zurück -

dennden Gesellschaft eher steigen als sinken.“

Auf in den Journalismus?

Christoph Bertram, Diplomatischer Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“, berichtete aus einem bevorzugten Berufsfeld vieler Politikwissenschaftler, dem Jour-

nalismus. Zunächst räumte er mit der Hoffnung mancher Politikwissenschaftler auf, dieses Fach sei der Königsweg zu Funk und Printmedien. Bertram wörtlich: „Es ist völlig gleichgültig, was Sie studieren. Ich selbst habe mich im wesentlichen als Jurist ausbilden lassen.“ Was er nun von einem Geisteswissenschaftler, der Journalist werden will, erwartet? „Ich erwarte weniger als Sie können und mehr als Sie an der Uni gelernt haben.“ Er machte klar, daß die an der Universität er-

worbene Kenntnistiefe im Berufsalltag nicht gebraucht wird. „Sie müssen kein Fachwissen mitbringen, sagte Christoph Bertram, aber sie müssen das Verfahren kennen, um sich Fachwissen in kurzer Zeit zu beschaffen.“ Zugleich setzt er bei einem Journalisten Urteilsfähigkeit und Sprachvermögen voraus. Illusionen nahm auch Dr. **Christoph Münzer**, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit beim Karlsruher Pharmakonzern Pfizer. „Praxisschocks? So etwas gibt's“, antwortete der promovierte Volkswirt auf eine Frage aus dem Teilnehmerkreis. Am eigenen Beispiel schilderte Münzer die Anpassungsleistung, die ein Berufsstatt zwangsläufig erfordere. Nach den Studienjahren mit relativen Freiheiten müssen Sie jetzt immer wieder Dinge tun, die von Ihnen verlangt werden.“ Münzer wollte allerdings keine Angst vor der Zukunft säen, sondern zum Nachdenken anregen, um diese Zukunft rechtzeitig vorzubereiten.

Martin Rupp



und damit auf die Fähigkeit, auch in einem fremden Berufsfeld Fuß zu fassen. „Gerade die Absolventen dieser Studiengänge wissen, wie wichtig Hindernisse zur Verwirklichung persönlicher Ziele sind.“

Was erwartet Klaus von Trotha speziell von der Politikwissenschaft? Sie soll Orientierungsarbeit inmitten eines „bedeutenden kulturellen Umbruchs“ leisten. Denn „Orientierungsbedürfnisse, nicht nur ethische, werden in einer immer komplexer wer-

dennden Gesellschaft eher steigen als sinken.“

2.

Freiburger Politikdialog 1995

**Welchen Einfluss haben Medien und Demoskopie auf
Politikerentscheidungen?**

Die Rolle der Medien in der Politik

*Ruth Wagner**

Ich möchte zum Einstieg in das Thema auf die Befunde der demoskopischen Institute Allensbach und ipos/Forschungsgruppe Wahlen hinweisen. Sie konstatieren, dass es

1. erhebliche Zweifel an den Kompetenzen der politischen Akteure und zwar sowohl der Regierung als auch des Parlamentes insgesamt gibt,
2. bezüglich der Fähigkeit der Politik, überhaupt Probleme lösen zu können, eine hohe Zahl von Zweiflern in der Bevölkerung gibt,
3. eine verbreitete mehrheitliche Meinung unter der Bevölkerung gibt, dass die Ehrlichkeit und die Glaubwürdigkeit der in der Politik Handelnden in den letzten Jahren erheblich nachgelassen habe.

Und es gibt darüber hinaus eine Beobachtung, die allgemein verbreitet ist, nämlich dass die Binefähigkeit und die Binekraft sowohl von politischen Parteien, als auch von Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Vereinen, vor allem unter der jüngeren Generation, erheblich nachgelassen habe. Häufig wird dann in der veröffentlichten Meinung nicht über die Frage nachgedacht, was die Ursachen dieser Entwicklung sind, sondern in den Mittelpunkt aller Betrachtungen wird die Frage gestellt, wer trägt die Schuld an allem? Die Medien beantworten die Frage mit der Antwort: Die Politik ist daran schuld, und die Politik beantwortet die Frage nach dem Schuldigen mit: Die Medien sind es!

Demgegenüber – und das scheint vielleicht nur oberflächlich widersprüchlich – gibt es offensichtlich ein großes Interesse der deutschen Gesellschaft an Politik und politischen Themen, wie zum Beispiel die umfassende Untersuchung der Wochenzeitung „Die Zeit“ in den letzten Tagen ergeben hat, die sich mit den politischen Einstellungen, den Lebenseinstellungen und den Haltungen der heutigen Studentengeneration befasst. Daraus ist erkennbar, dass es ein starkes politisches Interesse an bestimmten Fachfragen gibt, zum Beispiel zum Thema Arbeit und Beschäftigung, zum Thema Kriminalität, innere Sicherheit und zu ökologischen Fragen. Es gibt auch ein hohes Engagement, das sich aber häufig nur zeitlich

* Vorsitzende der FDP Hessen und der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

begrenzt an konkreten Themen festmachen lässt wie in Bürgerinitiativen oder akuten kommunalpolitischen Aktionen oder was als Phänomen noch interessanter ist, in relativ unverbindlichen und den Einzelnen zu fast nichts verpflichtenden Sympathien und Zustimmungen zu Aktionen von Greenpeace.

Als Indikatoren kann man auch das Erscheinen und das Interesse für das Lesen von Tageszeitungen und die Wahrnehmung von Fernsehsendungen nehmen. Es gibt eine Expansion des medialen Gesamtfeldes, welches zum Beispiel bei den Fernsehanstalten von 3.875 Stunden im Jahr 1980 auf 144.385 Programmstunden im Jahr 1992 angestiegen ist. Die durchschnittliche tägliche Nutzung des Fernsehens stieg in dieser Zeit von 114 Minuten auf 168. Die verkaufte Auflage von Zeitschriften stieg zwischen 1980 und 1992 von 82,5 Millionen auf 121,5 Millionen. Ipos hat eine durchschnittliche Mediennutzung von mehr als sechs Stunden im Vergleich zu 1172 Stunden persönlicher Kommunikation in derselben Zeit errechnet.

Verfassungsrechtliche und politische Bedeutung der Medien

Karl-Hermann Flach, der ehemalige Redakteur bei der Frankfurter Rundschau und erste Generalsekretär der FDP hat in seinem Buch „Macht und Elend der Presse“ 1972 die grundlegende Bedeutung der Pressefreiheit behandelt. Er schrieb:

„Das Grundrecht der Meinungsfreiheit, der Informationsfreiheit und der Pressefreiheit ist nicht ein Grundrecht neben anderen. Es ist eine Art Fundamentalgrundrecht, ohne das alle anderen Grundrechte illusorisch wären und ohne das es eine freie Willensbildung der Bevölkerung als Grundlage der Zusammensetzung der Staatsorgane nicht geben wird.“ (Seite 21)

Er fährt fort, indem er auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum sogenannten Spiegelskandal 1966 eingeht:

„Die besondere Bedeutung der Pressefreiheit wird auch von der höchstrichterlichen Rechtsprechung in der Bundesrepublik anerkannt, zumindest theoretisch. Die Pressefreiheit ist für eine freiheitlichdemokratische Staatsordnung ‚schlechthin konstituierend‘, wie das Bundesverfassungsgericht überzeugend begründet hat.“

„Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates;

insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Der zur politischen Entscheidung berufene Bürger soll umfassend orientiert sein, die Meinungen anderer kennen und gegeneinander abwägen. Die Presse hält diese Diskussion in Gang, sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung. Sie steht als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Dieser Funktion der freien Presse in einem demokratischen Staat entspricht ihre Rechtsstellung nach der Verfassung.“ (Seite 22)

„Es ist kein bloßes Individualrecht wie etwa das Recht auf Freizügigkeit oder freie Berufswahl, dessen Wahrnehmung dem Belieben des Einzelnen anheimgestellt bleibt. Das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit ist in Wirklichkeit ein dem Staatsganzen dienendes Fundamentalrecht, dessen Existenz und Ausübung für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend ist.“. (Seite 23/24).

Pressefreiheit ist nach seiner Darstellung ein Kind der Aufklärung und des Liberalismus, am Ende des 18. Jahrhunderts entstanden und im 19. Jahrhundert erkämpft. Sie ist konstituierend für unsere Demokratie. Pressefreiheit ist ein Bürgerrecht ersten Ranges; sie bedingt bürgerliche und politische Öffentlichkeit und folglich politische Freiheit. Sie ist in der Frontstellung gegen die Zensur des Staates erkämpft worden und ist in einer demokratischen Gesellschaft von Seiten der Verleger und Medien inzwischen so weit entwickelt, dass häufig schon der Ruf nach staatlicher Anerkennung als öffentliche Aufgabe erscheint.

Die Macht der Presse besteht also:

- In der Information und Aufklärung.
- In der Kontrolle und Kritik.
- In der meinungsbildenden Wirkung.

Gesetzliche und politische Situation 1995

1995 – fünfzig Jahre nach dem Krieg und fünf Jahre nach der Wiedervereinigung in Freiheit – stellt sich die Situation von Medien, Gesellschaft und Politik anders dar als zu Beginn der Bundesrepublik. Ihr Verhältnis wird auch bestimmt durch eine Strukturförderung unserer Gesellschaft. Wir entwickeln uns von einer industriell geprägten Produktionsgesellschaft

hin zu einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft, in der die Dienstleistung im Vordergrund steht. Das erfordert ein steigendes Bildungsniveau und Mobilität. Die Bürger verlangen immer größere soziale Absicherung. Die Individualisierung, die Wertelockerung, die Spezialisierung, aber auch die Bindungslockerung an Institutionen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften führen zur starken Individualisierung der Lebensstile, welche positive und negative Wirkungen haben. In der Politik führt diese Individualisierung zu einem sehr mündigen, überlegten und wechselnden Wahlverhalten.

Politik ist in den letzten Jahren immer mehr zur Verhandlungssache geworden. Wir haben in Wahrheit zwei Koalitionen, nämlich eine politische Konstellation von drei Partnern im Deutschen Bundestag und eine mehrheitlich andere Koalition im Deutschen Bundesrat, dazu unterschiedliche politische Mehrheiten in den Ländern und in den Kommunen. Dieses alles führt zu komplizierten Abstimmungsprozessen, gestiegenem Bürokratieaufwand, mangelnder Transparenz und für viele Bürgerinnen und Bürger zu dem Urteil, dass das politische Geschehen und die politischen Prozesse wenig effizient sind.

Die mediale Angebotserweiterung habe ich bereits dargestellt. Zusätzlich gibt es eine Entwicklung in den Medien, die durch Konzentration privater Wirtschaftsunternehmen und einen Wettbewerb um die besten Werbungsanteile gekennzeichnet ist. Dadurch gibt es eine Veränderung auch des journalistischen Stils, der die strenge Trennung von Information und Kommentierung aufhebt. Der Unterhaltungswert von Nachrichten bekommt eine höhere Bewertung als der Informationscharakter der Nachricht selbst.

Die Tatsache, dass Unterhaltung das große Stichwort unseres Lebens geworden ist, führt häufig auch zu einem investigativen Journalismus, der dem Skandal, der Aufdeckung von persönlichen und privaten Lebensweisen mehr Gewicht verleiht als der seriösen Nachricht. Dies führt häufig dazu, dass der Schutz der Persönlichkeit – auch der Persönlichkeit, die in der Öffentlichkeit steht – nicht hinreichend gewährleistet ist, dass Zeugen in eine Situation geraten, in der es Ihnen fast unmöglich ist, ihre Zeugenschaft verantwortlich auszuüben. Die widersprüchliche Situation in unserer Gesellschaft besteht darin, dass dieselben Bürger in Befragungen das zwar auch so sehen, auf der anderen Seite aber der Datenschutz des einzelnen Betroffenen vor der Informationsnachfrage der Öffentlichkeit nach seiner Person steht und die Medien vehement für die Enthüllung solcher Skandale auch Mittel einsetzen, die ethische Normen außer Acht lassen. Dies ist durch eine Untersuchung von Allensbach in letzter Zeit

noch einmal bestätigt worden. Daraus ergibt sich nicht nur ein Ansehensverlust für die Politik, sondern auch für die Medien selbst.

Eigene Erfahrungen mit Medien und Medienvertretern

Meine Erfahrung mit den Medien und meine Meinung zu dem Spannungsverhältnis zwischen Politikern, Politik und Medien lässt sich durch folgende Überlegungen kennzeichnen:

- Ich bin entschieden dafür, die Pressefreiheit zu erhalten, vor allem die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitungen und Redaktionen im Fernsehen gegen Verleger und auch gegen politische Einflüsse, wie dies z.B. im saarländischen Pressegesetz festgelegt und auf CDU-Parteitag diskutiert wurde.
- Ich bin für die entschiedene Wahrung des Zeugnisverweigerungsrechts des Journalisten.
- Ich bin für einen klaren Datenschutz und eine Verbesserung des Schutzes der Würde der Person – auch von Politikern, die in der Öffentlichkeit stehen. Die Nachrichtenbeschaffung über sie darf ihre Grundrechte nicht verletzen.
- Ich bin im Medienstil für eine klare Trennung von Nachricht und Kommentar und fordere auch den Presserat auf, seine Selbstverpflichtung ernster zu nehmen, als er sie bisher wahrgenommen hat.

Karl-Hermann Flach hat aus einem Selbstverpflichtungskatalog der amerikanischen Presse (Nach Bleyers „Code of ethics for Journalism“, Wisconsin 1925) folgendes zitiert:

„Wir glauben, dass eine Zeitung, die ins Haus mitgenommen wird, nichts enthalten soll, das nicht im Familienkreis laut vorgelesen werden könnte. Wir glauben, dass Berichte über Verbrechen, Skandale und Laster so gehalten sein sollen, dass sie die Leser abschrecken, dem Beispiel des Bösen zu folgen. Wir glauben, dass niemand das Recht hat, Angelegenheiten des Privatlebens öffentlich zu erörtern, sofern das öffentliche Interesse nicht berührt ist.“

Meine eigenen Erfahrungen mit Medien und mit Journalisten sind trotz allem durchaus positiv. Ich habe erfahren – und kann das belegen – dass die Presse in der Tat eine vierte Gewalt ist, die den Stil von Politik im Parlament und in der Regierung im Schritt der technischen Entwicklung in den letzten Jahren verändert hat. Die eigene öffentliche Wirkung eines Politikers, auch meine, ist begrenzt. Wir haben als FDP keine eigenen

bedeutenden regelmäßigen Medien, die über unsere Aktivitäten und Initiativen berichten könnten. Die Öffentlichkeitsarbeit eines Abgeordneten besteht in Gesprächen mit Agenturen, in Interviews, in Hintergrundgesprächen und direkten Informationen über parlamentarische Initiativen, Vorhaben oder Kritik an anderen Parteien oder auch wechselseitige Beeinflussung. Wir sind angewiesen auf die Berichterstattung über unsere parlamentarische Tätigkeit. Daraus kann sich eine Instrumentalisierung ergeben; Pressekonferenzen und Einzelgespräche mit Journalisten sind ein bedeutender Teil der politischen Arbeit eines Abgeordneten und einer Fraktionsvorsitzenden.

Ein italienischer Journalist, Alberto Sordi, hat einmal gesagt: „Der sicherste Weg in eine Zeitung zu kommen, besteht darin, eine zu lesen, während man die Straße überquert.“ Dies ist insofern eine richtige Beobachtung, als dass nämlich der Konflikt, die Story, der Skandal, der Krach in einer Koalition interessanter sind, als die positive Meldung über eine Sachfrage oder gar über Beschlüsse, die interfraktionell zustande gekommen sind. Deshalb ist es für Journalisten vor allem im Zeitalter vermehrter Konkurrenz im Medienbereich ungeheuer wichtig, schnell zu sein, mehr Informationen, bessere und frühzeitigere Informationen, als ein anderer Journalist zu haben. Dadurch ergeben sich gewisse Kooperationen zwischen Journalisten und Politikern, gezielte Informationen an Journalisten und gezielte Nachfragen von Journalisten an Politiker.

Der Parlamentsstil hat sich insbesondere verändert durch die Teilnahme des Fernsehens an Parlamentssitzungen. Fast in allen Geschäftsordnungen der Parlamente ist vorgeschrieben, dass der Abgeordnete eine sogenannte „freie Rede“ hält und keine schriftlich vorbereitete. Die Regel ist heute umgekehrt. Die meisten Abgeordneten lesen ihre Texte ab und hinzu kommt, dass die Presse von den Abgeordneten vor den Sendungen einen schriftlichen Text verlangt, weil man zu bequem ist, eine Rede über längere Zeit zu verfolgen, um daraus dann selbst eine Berichterstattung zu machen. Daraus ergeben sich für den Parlamentsstil vor allem in den Plenarsitzungen Veränderungen. Nicht die Übereinstimmung zwischen den Fraktionen ist das wichtigste, sondern den Streit, möglichst das Aufbäumen von Gegensätzen, die in der Tiefe gar nicht vorhanden sind, die Demagogie und das Schaufensterreden. Damit degeneriert die Politik häufig zur Unterhaltungsshow und trägt damit bewusst oder unbewusst erneut zum Ansehensverlust von Politik bei. Der Streit zum Beispiel um die Frage, wann ein Tagesordnungspunkt im Parlament aufgerufen wird, hat häufig mit der Sendezeit von Rundfunkanstalten zu tun. Aus meiner Erfahrung ist das Aufbauen eines richtigen Verhältnisses zu Journalisten ein Problem. Dies gilt insbesondere für freundschaftliche Beziehungen.

Hier gibt es auf der einen Seite dann die Scheu, über einen befreundeten Politiker Schlechtes zu berichten und umgekehrt die Möglichkeit des Politikers, bei einem Journalisten eine kritikwürdige Kritik abzumildern. Trotzdem meine ich wahrzunehmen, dass etwa zwischen der Landespressekonzferenz in Hessen und der Bundespressekonzferenz oder überregionalen Journalisten erhebliche Unterschiede bestehen. In meinem Landtagswahlkampf 1995 gab es ein erhebliches überregionales Interesse an meiner Person, weil wir der erste FDP-Landesverband waren, der nach vielen Misserfolgen erneut den Einzug in das Landesparlament versuchte und auch geschafft hat. Deshalb gab es unendlich viele Fernsehstationen auch aus der Schweiz, Kanada und Australien, die sich für die FDP in Hessen interessierten. Die Informiertheit dieser Journalisten war außerordentlich gering und nur diejenigen, die sich mit ihren Kollegen in der Landespressekonzferenz in Verbindung gesetzt hatten, kamen auch ohne Vorurteile zu uns in die Gespräche. Das Entscheidende dieser Erfahrung war, dass es gelungen ist, die Glaubwürdigkeit von Personen darzustellen, was offensichtlich auch durch den ungeheuren Konkurrenzdruck zwischen den Medien in Bonn verloren zu gehen droht.

Eine der übelsten Erfahrungen, die ich in diesem Zusammenhang mit der Demoskopie gemacht habe, war eine Berichterstattung über eine Umfrage von ipos, welche die FAZ im Januar 1995 in Auftrag gab. Der Geschäftsführer von ipos hatte die Zeitung darauf hingewiesen, dass die ermittelten 3,5 Prozent für die FDP nur Rohdaten seien, die Zweitstimme nicht eingerechnet sei und deshalb eine Bandbreite der Abweichung von 1,5 bis 2 Prozent bestehe. Während alle anderen Umfrageinstitute die FDP zwischen 7 und 10 Prozent und darüber sahen, wurde diese Veröffentlichung mit 3,5 Prozent in einer Grafik der FAZ dargestellt und berichtet, als sei dies das Ergebnis. Die Richtigstellung in den nächsten Tagen erschien dann auf einer hinteren Seite und hatte kaum Wirkung auf die Wählerinnen und Wähler. Eine ähnliche Erfahrung hatte ich bei einer Vorbesprechung mit dem ZDF bezüglich der Wahlsendung am Sonntagabend, bei der ich gefragt wurde, warum die FDP nicht mehr in den Hessischen Landtag kommen könne. Ich habe klar gemacht, dass ich nicht bereit sei, eine solche Voreingenommenheit zu akzeptieren, zumal alle anderen Medien und demoskopischen Institute uns gute Chancen eingeräumt haben. Ich habe dann vorgetragen, welche handwerklichen Fehler mir aufgefallen sind, die in der Tat dieses Mal sehr gering waren, aber ansonsten darauf hingewiesen, dass ich eher bei der CDU zwei, drei bedeutende Fehler gesehen habe und dass ich zusätzlich nicht glaube, dass CDU und FDP die Chance haben würden, die Regierung zu stellen. Dies ist, wie Sie wissen ja tatsächlich so eingetreten. Die Einlassung der

Fernsehanstalt und das voreingenommene Verhalten ihrer Moderatorin – noch am Wahlabend – haben mich sehr nachdenklich gemacht.

Zum Schluss unseres Themas möchte ich Ihnen zwei Zitate gegenüberstellen, die vielleicht das Thema in der Diskussion vertiefen können. Karl-Hermann Flach hat in dem schon genannten Buch am Ende gesagt:

„Die Presse ist von allen Mächten dieser Gesellschaft die ungefährlichste, darum sollte man ihrer freien Entfaltung den Rang zuerkennen, der ihr gebührt. Denn die Presse hat zwar Macht, aber sie kann die Macht niemals übernehmen.“

Wolfgang G. Gibowski von der Forschungsgruppe Wahlen formulierte:

„Die Politik wird ihre machtkonforme Einstellung nicht ändern, die Medien können ihre machtkonforme Einstellung nicht ändern. Was sich offenbar als änderungsbedürftig erweist, ist die Einstellung der Bürger zu den Medien und zur Politik.“

Ich neige eher zu der Einstellung von Karl-Hermann Flach, kann mich aber den Überlegungen von Herrn Gibowski nicht verschließen.

Funktion und Reichweite der demoskopischen Forschung

*Ulrich Guntram**

Demoskopie ist ein Ausschnitt empirischer Forschung. Im Verhältnis zur Politik geht es nicht nur um vordergründige Meinungsforschung, sondern um die repräsentative Erhebung tatsächlicher Verhältnisse an sich, die durch das direkte Hineinschauen in das tägliche Leben und nicht durch sekundäranalytische oder theoretische Herleitungen gewonnen werden. Mit diesem Verständnis wird im Folgenden auf drei Thesen zum Verhältnis von Empirie und Politik eingegangen:

1. Der Einfluss der Demoskopie auf die Politik wird häufig überschätzt.
2. Die Demoskopie bzw. die empirische Forschung stößt zunehmend an Grenzen und muss neue Herausforderungen annehmen und bestehen, wenn Sie in Zukunft in der politischen Diskussion eine Rolle spielen will.
3. Politik und Politiker nutzen das strategische Potential empirischer Untersuchungen nur unzureichend und könnten mit einer größeren Aufgeschlossenheit ihr Handeln und ihre Entscheidungen auf eine solidere Faktenbasis stellen.

Überschätzter Einfluss der Demoskopie auf die Politik

Die Demoskopie hat heute eine hohe Treffsicherheit und Verlässlichkeit erreicht. Sie ist damit – entgegen wiederkehrender Polemik – ein ernstzunehmendes Instrument, das allerdings seriös angewandt werden muss. In der Regel tun sich Laien schwer mit der Deutung empirischer Ergebnisse, insbesondere wenn sie nicht in ihr Weltbild passen. Dies liegt u.a. daran, dass demoskopische Untersuchungen in der Regel nicht im wissenschaftlichen Sinn verifiziert werden können. Allerdings gibt es eine Ausnahme. Bei der Prognose bzw. Hochrechnung von Wahlergebnissen liefert der amtliche Wahlleiter in Form des endgültigen, amtlichen Wahlergebnisses

* Geschäftsführender Gesellschafter, Institut für Angewandte Sozialforschung, IN-FAS.

einen objektiven Maßstab, gegen den die vorherigen Hochrechnungen und Prognosen verglichen werden können. Alle seriösen Forschungsinstitute treffen in ihren Hochrechnungen und Prognosen das Wahlergebnis mit erstaunlicher Genauigkeit. Unterstützt durch moderne Computertechnologien ist auch die Erstellung einer Wahlhochrechnung, die als stabil angesehen werden kann, von einigen Stunden auf weniger als eine Stunde, bei einigen Wahlen sogar auf eine knappe halbe Stunde, zusammengeschnitten. So geht es heute bei der öffentlichen Wahlberichterstattung in den Hörfunk- und Fernsehanstalten immer mehr darum, welches Institut am ehesten die Struktur künftiger politischer Konstellationen erkennt und unmittelbar entsprechende Analysen und Erklärungen anbieten kann.

Die Forschungsinstitute, die sich im Wettstreit an der Wahlberichterstattung beteiligen und sich dem objektiven Maßstab des amtlichen Wahlergebnisses stellen, nehmen für sich – bei gleichem methodischen und organisatorischen Vorgehen – in Anspruch, auch auf anderen Feldern der empirischen Forschung, wo es eben nicht den Vergleich mit einer „objektiven Wahrheit“ gibt, Ergebnisse höchster Güte und Relevanz zu liefern. Dazu zählen die politische Langzeitbeobachtung, wo Indikatoren des politischen Lebens über mehrere Jahrzehnte verfolgt werden. Dafür interessieren sich Staatskanzleien, öffentliche und parteinahe Stiftungen, wissenschaftliche Einrichtungen und Medien. Weitere Felder der empirischen Forschung sind themenspezifische Untersuchungen zum Zeitgeist, wie z.B. die wiederkehrenden Jugendanalysen oder Untersuchungen zu anderen gesellschaftlichen Phänomenen und Gruppierungen.

Wenngleich die Ergebnisse demoskopischer Untersuchungen einen reichen Fundus von Erkenntnissen bieten, so wird versucht, durch selektiven und gezielten Gebrauch dieser Erkenntnisse politische Trends zu beeinflussen; dadurch wird landläufig der Einfluss der Demoskopie auf das politische Geschehen und Entscheidungen überschätzt. Dazu trägt sicher ein gewisser Mythos dieser Forschung bei, die neben streng rationalen Algorithmen und statistischen Verfahren in die Nähe der Alchimie gerückt wird. Dabei ist jedes seriöse Institut bereit und in der Lage, das Entstehen eines hoch aggregierten Zahlenwerkes rückwärtig aufzufächern, primär erhobene Daten offen zu legen und sich mit anerkannten statistischen Gütemaßen bewerten zu lassen. Allerdings, diese Redlichkeit ist wenig gefragt in einer Medienwelt, wo es um Schlagworte und Schlaglichter geht. Die Wirkung empirischer Ergebnisse auf die Politik wird stark dadurch relativiert, wie heute politische (auch Wahl-) Entscheidungen zustande kommen. In den wenigsten Fällen sind einzelne Wahlentscheidungen das Ergebnis strategischer Überlegungen, die u.a. empirische, demoskopische Ergebnisse mit ins Kalkül ziehen. Bestenfalls kann die Demoskopie eine

negative oder positive Sogwirkung von antizipierten Wahlgewinnern bzw. -verlierern verstärken. Die einzelne Entscheidung des Bürgers, welcher Partei er seine Stimme letztlich gibt, ist vielmehr das verdichtete Ergebnis aus politischen und personalen Sympathien, der Wertung jüngster politischer Ereignisse, aber dies schon seltener, und der Auseinandersetzung mit parteilicher Programmatik. Die Medien tragen weiter zu einer Relativierung des Einflusses von Meinungsumfragen bei, obwohl sie das Vehikel zur massenhaften Verbreitung demoskopischer Ergebnisse sind. Ihnen geht es oft um eine utilitaristische Verwendung. So hat Demoskopie im Kontext des Medienangebots zunehmend einen Unterhaltungswert und ist sehr viel weniger ein Datum, mit dem es sich rational auseinanderzusetzen gilt. Demoskopie lässt sich auch gerne verwenden als einfache Gegenposition zu oft komplexen sekundäranalytischen Herleitungen, wie es um unsere politische Kultur, um Trends und Strömungen im Einzelnen bestellt sein mag.

Schließlich ist es die Anatomie des politischen Geschehens selbst, die mit dazu führt, dass Demoskopie oft nur als Marginalie wahrgenommen wird. Politik ist komplex und erratisch, und im Spiel massenhafter Bemühungen um Einflussnahme über Experten, Interessenvertreter, Ausschüsse und Meinungsführer kann ein demoskopisches Datum nur eine Fußnote sein. Wer an einen maßgeblichen Einfluss der Demoskopie auf politische Ereignisse glaubt, überschätzt die Kausalität und Systematik politischen Handelns. Oder positiv gewendet: Wir Bürger lassen uns viel lieber von der Ausstrahlung und Überzeugungskraft einer gestandenen Führungspersönlichkeit mitreißen, als durch die Zahlenkolonnen einer repräsentativen Umfrage.

Grenzen und Herausforderungen der Demoskopie

Die empirische Forschung, insbesondere die Demoskopie, stößt an Grenzen – trotz beeindruckender Fortschritte in Methodik und Technik. Diese können überwunden werden, wenn sich die Zunft der Empiriker neuen Herausforderungen gegenüber aufgeschlossen zeigt. Allerdings, die Forschungsinstitute unterliegen keinem zertifizierten Schutz. Die seriösen Institute unterwerfen sich einer Standesorganisation, die im Bemühen um einen Kodex eher hinter den allgemeinen Entwicklungen herläuft als sie gestaltet. Da die Meinungsforschung eine Dienstleistung mit niedrigen Eintrittsbarrieren und -kosten ist, findet man hier auch schwarze Schafe, die den reichlichen Versuchungen zum Pfuschen und Manipulieren schon einmal nachgeben. Aber dies sind nicht die grundsätzlichen

Herausforderungen, die sich den Instituten der empirischen Forschung stellen. Vielmehr ist es der professionelle Umgang mit drei grundlegenden Problemfeldern.

Beschreibung und Erklärung: Demoskopie erliegt gerne dem Primat des Phänomenologischen: Es werden Zustände beschrieben und mit diesem deskriptiven Ausschnitt aus einem komplexen oder dynamischen Gebilde gibt man sich zufrieden. Was die Demoskopie braucht, ist der Mut zur Hypothese und der Versuch, Phänomene zu erklären und zu interpretieren. Dies birgt zwar die Gefahr einer Ideologie in sich, aber auch auf Objektivität eingeschworene Forscher müssen unter die Oberfläche des aktuellen Geschehens schauen. Wenn beispielsweise in verschiedenen Jugendstudien dieses Jahres das frappierende Ergebnis einer 80-prozentigen Zufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen konstatiert wird, so darf sich primärwissenschaftliche Neugier damit nicht zufrieden geben. Was ist mit den 20 Prozent, die nicht zufrieden sind? Entwickeln sich hier Randgruppen, die möglicherweise den Anschluss an das gesellschaftliche Leben für immer verloren haben? Darf man sich mit einem 80-prozentigen Zufriedenheitswert zufriedengeben, oder handelt es sich möglicherweise um einen vordergründigen Gemütszustand, hinter dem sich grundlegende Defizite verbergen?

Der Anspruch an die Aussagekraft und Erkenntnisfähigkeit von Empirie wird nicht nur von den beteiligten Wissenschaftlern, sondern vielmehr von den Auftraggebern bestimmt, die für die Ergebnisse zahlen. Kurz- versus Langfristigkeit: Getrieben durch die Medien läuft die Demoskopie zunehmend in die Sensationsfalle. Mit simplistischem Aufwand werden Blitzumfragen in Auftrag gegeben. Fernsehen und Rundfunk produzieren mit TED Schnellschüsse, die bestenfalls noch Unterhaltungswert haben. So kanibalisiert das Ereignis zunehmend den Trend. Das Interesse an Enthüllungen und Strömungen, die langfristig angelegt sind, verkümmert, dabei ist dies das letztlich Stabile und Aufschlussreiche. Komplexität des Geschehens: Es wirkt wohltuend, in einer hochkomplizierten Industriegesellschaft die einfachen, verständlichen Ergebnisse demoskopischer Erhebungen zu lesen. Allerdings, empirische Forschung muss die Auffächerung unserer Gesellschaft in Einzelsysteme und Kleinstsegmente nachvollziehen können. So werden statistische Restgrößen zunehmend zur zentralen wissenschaftlichen Problemstellung. In der Wahlforschung geht es weniger um die Prognose für das Abschneiden der etablierten Parteien, sondern immer mehr um die Menge und das Verhalten von Nicht-, Wechsel- und Protestwählern. Es wird immer schwieriger, bei repräsentativen Erhebungen den strukturellen Wandel in unserer Gesellschaft nachzuvollziehen. So wächst die Zahl derer, die aus unterschiedlichen Motiven keine Aussa-

gen bei persönlichen Befragungen machen möchten oder schlicht nicht zugänglich sind wie z.B. Mitglieder von Leistungseliten, die sich nicht in Telefonbücher eintragen lassen oder Obdachlose, die mit dem bestausgeklügelsten Random RouteAnsatz nicht erreichbar sind. Noch haben statistische Korrekturfaktoren diese Randgruppen im Griff, aber wie lange noch? Schließlich muss Empirie mit der Kausalität in modernen Gesellschaften umgehen können. Eine lineare Logik von zurechenbarer Ursache und Wirkung wird den meisten Phänomenen unseres gesellschaftlichen Lebens schon lange nicht mehr gerecht. Auch vereinfachte Regelkreismodelle, die eine stärkere Erklärungskraft haben, versagen oft beim Zusammenspiel komplexer und unterschiedlicher Systeme. Die empirische Forschung arbeitet im unmittelbaren Bezug zu diesen vielschichtigen Wechselwirkungen und muss sie in ausreichendem Maß abbilden.

Empirie im konstruktiven Dienst der Politik

Die empirische Forschung könnte schon heute sehr viel mehr und mit großem Nutzen beim politischen Handeln und Entscheiden Einsatz finden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Politik – ohne emotional zu verarmen – mehr als strategisch angelegt wird. Eine zweite Voraussetzung ist, dass Politiker lernen, mit Demoskopie und Empirie richtig umzugehen. Für die Seriösen in der Meinungsforschung ist es für die weniger Professionellen willkommen, wenn sie mit Gefälligkeitsgutachten beauftragt werden, wo das gewünschte Ergebnis im Vorhinein schon feststeht. Ähnlich ist es bei der selektiven Wahrnehmung von negativen oder positiven Ergebnissen, die nur insoweit Akzeptanz finden, wie sie in das vorgefertigte Welt- und Selbstbild passen. Zu oft ist verletzte Eitelkeit im Spiel, wenn aufschlussreiche empirische Untersuchungen in der Schublade verschwinden.

Wenn Redlichkeit und strategische Ausrichtung gegeben sind, kann empirische Forschung ein konstruktives Element von Politikberatung sein. Im Zusammenspiel mit Sekundäranalysen und in einer Symbiose von Intuition, pragmatischer Tagesarbeit und systematischer Analyse kann politisches Handeln bereichert werden. Natürlich denkt man dabei zuerst an eine ausgeklügelte Parteienstrategie, die Themen und Bedürfnisse der Bevölkerung antestet, eine politische Agenda entwickeln hilft und schließlich eine gelebte Programmatik durch permanentes „Monitoring“ überprüft und fortschreibt. Viel entscheidender sind aber die komplexen Überlebens Themen unserer Gesellschaft, die wesentlich von Einstellungen, faktischem Verhalten und der Unmöglichkeit zentraler Steuerung geprägt

sind. Wichtige Themen unserer gesellschaftlichen Zukunft, wie die soziale Sicherung, der Umweltschutz oder die Ausrichtung unseres Bildungssystems können ohne empirische Forschung gar nicht mehr sachgerecht angegangen werden. Eine traditionelle sekundäranalytische Ausarbeitung dieser Themen würde viel zu lange dauern, und wir liefen Gefahr, von der Entwicklung überholt zu werden, bis wir erste Lösungsvorschläge erarbeitet haben.

Viele Fehlentwicklungen wie z.B. der Missbrauch von Sozialleistungen, die staatliche Förderung eines austrocknenden Bildungssystems, Steuerunehrlichkeit oder ökologische Belastungen hätten früher und „realitätsnäher“ erfasst werden können, wenn man die damit verbundenen Verhältnisse und Trends empirisch sauber analysiert hätte. Wo dies geschehen ist, blieben oft die erwünschten politischen Reaktionen aus, weil die Ergebnisse nicht zur gängigen Lehre passten. Wenn sich der Umgang mit dieser Form des Forschens und Untersuchens entkrampft und die Ergebnisse auf den richtigen und intellektuellen und institutionellen Boden fallen, kann empirische Forschung weit mehr Nutzen stiften als sie dies heute schon tut.

Medienmacht in der Demokratie

*Peter Christ**

Ein schwieriges Thema, wenn man es denn wissenschaftlich oder zumindest mit den Maßstäben gesicherter Empirie anpacken will. Mein erster oberflächlicher Eindruck: Es gibt so gut wie keine fundierten kommunikationswissenschaftlichen Erkenntnisse aus der deutschen Politik dazu, jedenfalls konnten mir die drei Professoren, die ich zu dem Thema und zur Vorbereitung auf diesen Vormittag angesprochen habe, nicht weiter helfen. Der Erkenntnisstand der deutschen Kommunikationswissenschaft hinkt auch in diesem Punkt offenbar hinter dem der amerikanischen Forschung hinterher. Haben Medien überhaupt Einfluss auf Politikerentscheidungen, haben Medien Macht? Viele Journalisten scheuen sich, diese Frage mit einem klaren Ja zu beantworten. Medien haben Macht, sonst würden die Mächtigen sie nicht fürchten.

Medien haben Macht, weil sie ganz viele Menschen erreichen:

- Badische Zeitung: 440.000 Leser täglich
- Der Spiegel: 6 Mio.
- Bild: 12 Mio.
- Die Zeit: 1,4 – 1,6 Mio.
- Stern: ca. 7 Mio.
- Tagesschau, Tagesthemen: zweistelliges Millionenpublikum

Medien haben Macht durch die schiere Reichweite, also durch die Zahl der Menschen, die sie erreichen mit ihren Artikeln oder Sendungen. Sie haben Macht durch die Qualität der Zielgruppe, die sie erreichen. Die Zeit und Der Spiegel erreichen Leser, die vielfach zu den sogenannten Multiplikatoren zählen, zu den Menschen, die sich eine Meinung bilden, diese weitertragen, Kundtun also multiplizieren.

Die „Badische Zeitung“ hat Macht, weil sie in einer relativ kleinen Region, Südbaden, einen ziemlich hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung erreicht. Beispiele: Zell im Wiesental: über 90 % der Haushalte lesen die „Badische Zeitung“; Freiburg: rund die Hälfte aller Haushalte liest die „Badische Zeitung“; in manchen Stadtteilen über 70 %. Reicht diese Macht,

* Chefredakteur „Badische Zeitung“.

um Entscheidungen der Politiker zu beeinflussen? Bei der Antwort auf diese Frage tue ich mich sehr schwer und sehr leicht. Schwer tue ich mich, wenn ich darüber nachdenke, welche Sachentscheidung durch die Medien beeinflusst oder gar erzwungen worden ist. Spontan fällt mir dabei aus der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik das neue Landespressegesetz im Saarland ein: Dieses Gesetz, das es wesentlich erleichtert, Gegendarstellungen in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen unterzubringen, ist keineswegs von Medien gewünscht oder herbei geschrieben worden.

Im Gegenteil: Die Medien des Saarlandes, allen voran die „Saarbrücker Zeitung“, die mehr oder weniger das Tageszeitungsmonopol im Saarland hat, sieht sich als Zielscheibe und Opfer dieses neuen Landespressegesetzes. Dementsprechend heftig hat sie sich mit publizistischen Mitteln dagegen gewehrt – ohne Erfolg. Jetzt klagt sie vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gesetz ist vom Ministerpräsidenten des Saarlandes, Lafontaine, durchgesetzt worden unter anderem als Reaktion auf die Berichterstattung und Enthüllung seiner ungerechtfertigten Ruhegeldbezüge als ehemaliger OB von Saarbrücken. Das Geld hat er inzwischen zurückgezahlt. Es war auch eine Reaktion auf die sogenannte Enthüllung seiner sogenannten Rotlichtaffäre. Begründet wurde es mit dem besseren Persönlichkeitsschutz von Menschen, die Gegenstand der Berichterstattung von Medien werden. Das saarländische Pressegesetz wurde also von den Medien verursacht, gewiss aber nicht gewollt, und gegen deren Widerstand durchgesetzt. Damit ist es kein gutes Beispiel für den Einfluss der Medien. Es dürfte, wenn ich bei Sachentscheidungen bleibe, sehr schwer fallen, nachzuweisen, welchen unmittelbaren Einfluss Medien auf Politikerentscheidungen haben. Medien können Stimmungen verstärken, vielleicht können sie sogar Stimmungen erzeugen. Sie können Themen auf die Tagesordnung bringen, Themen unterdrücken (Schweigespirale/Noelle-Neumann). Dies setzt in aller Regel gleichartiges Verhalten oder Absprachen voraus.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Exkurs: Absprachen zwischen Medien zur Erreichung bestimmter politischer Ziele mit publizistischen Mitteln kenne ich nur in einer Konstellation: Aus dem Springer Verlag. Axel Springer hat ganz klar vorgegeben, wie seine Zeitungen über die Ost- und DDR-Politik der sozial-liberalen Bundesregierung zu schreiben hatten. Erst nach einem längeren Gespräch mit Egon Bahr gab er Anweisung: „Feuer einstellen“ Die Chefredakteure gehorchten. Die immer wieder behauptete Kameraderie zwischen „Spiegel“, „Stern“ und „Zeit“ ist ein Hirngespinnst von Politikern, auch von Unternehmen, die annehmen, dass Journalisten sich so verhalten wie sie selbst. Ich habe 13 Jahre bei der Zeit und 18 Jahre insgesamt als Journalist in Hamburg

gearbeitet. Persönlich kenne ich viele Kollegen bei den unter Verdacht stehenden Medien: es gibt keine Absprachen. Es gibt nur eines: knallhart en journalistischen Wettbewerb und der schließt Absprachen aus. Und: Redaktionen (Ausnahme: Springer-Presse) funktionieren nicht auf Knopfdruck. Ende Exkurs.

Zurück zur Ostpolitik, die im Grundlagenvertrag mit Polen, dem faktischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete und dem Grundlagenvertrag mit der DDR mündete. Sie wurde lange heftig bekämpft von der Springer Presse, auch die „FAZ“ und viele andere regionale Tageszeitungen waren dagegen. Die „ZEIT“ (Dönhoff, Sommer), der „Spiegel“, die „Süddeutsche Zeitung“ und viele weitere regionale Tageszeitungen waren dafür. Die „ZEIT“ war der politischen Entwicklung sogar voraus (Dönhoff). Die sozial-liberale Koalition hat sich mit dieser Politik durchgesetzt, möglicherweise auch weil sie in diesem Fall die bessere publizistische Unterstützung hatte. Ob Brand, Scheel, Schmidt, Wehner oder Bahr sich von dieser publizistischen Unterstützung wesentlich beeinflussen ließen, weiß ich nicht. Gegen den Widerstand der gesamten Presse wären sie vermutlich gescheitert, weil sie die Wahlen verloren hätten. Aber das ist eine Vermutung. Meine These: Medien verstärken oder dämpfen Stimmungen, sie können Themen mit Einschränkungen lancieren. Es gibt einen Wettbewerb zwischen den Medien. Ein einzelnes Medium kann aber bei Sachthemen nur relativ wenig bewirken.

Beispiele aus der Praxis

Beispiel: Die Asylrechtsdebatte. Medien haben die Angst vor der Zuwanderung, vor den Asylbewerbern gewiss verstärkt, indem sie über die Fakten berichtet haben. Zusätzlich haben sie die Stimmung gegen die Asylbewerber angeheizt, indem sie über den Missbrauch sozialer Leistungen für diesen Personenkreis und über deren angeblich hohe Kriminalität berichteten. In der Mehrheit der Bevölkerung herrscht die Meinung: Das Boot ist voll. Diese Stimmung ist dann politisch genutzt worden für eine Verschärfung des Asylrechts, der sich auch die SPD nicht mehr entziehen konnte, welche ursprünglich dagegen war. Diese Stimmung ist von Politikern erzeugt worden, indem sie die Medien sozusagen als Transmissionsriemen benutzt haben. Medien haben Einfluss gehabt, ob sie dabei ein politisches Ziel vor Augen hatten, bezweifle ich ganz entschieden.

Beispiel: Kriminalitätsdebatte. Dort haben Medien eine ähnliche Rolle gespielt wie in der Asyldebatte. Über Kriminalität berichtet die Boulevardpresse, allen voran die Bild –Zeitung. Sie bestreitet einen erheblichen Teil

ihrer Aufmacher mit Verbrechensgeschichten. Auch für seriöse Zeitungen gilt: Polizeiberichte sind ein begehrter Lesestoff der Zeitungsnutzer. Das Resultat ist, dass die Angst vor Kriminalität der tatsächlichen Kriminalität längst enteilt ist. Die Politik nutzt dies für schärfere Gesetze und für zusätzliche Stellen im Polizeidienst. Gewiss, bei Volksabstimmung über den großen Lauschangriff oder über Todesstrafe gäbe es in beiden Fällen eine satte Mehrheit dafür. Auch hier gilt: Ein erheblicher Teil der Medien hat dezidiert dageengehalten – aber nichts beeinflusst.

Ich habe anfangs gesagt, ich tue mich schwer, politische Sachentscheidungen auszumachen, bei denen ich einen Einfluss von Medien feststellen kann. Leichter tue ich mich, unterbliebene Sachentscheidungen zu finden, die trotz des Einflusses der Medien unterblieben sind. Dazu einige Beispiele:

- Steuersenkung, Vereinfachung des Steuersystems. Dies wird praktisch unisono von allen Medien gefordert. Geschehen ist wenig, gar nichts oder sogar das Gegenteil.
- Abbau von Bürokratie, schlankere Verwaltung, Abbau von Vorschriften (Baurecht) wird unisono von den Medien gefordert, es geschieht das Gegenteil.
- Agrarpolitik der EU: Kaum eine Zeitung, die das nicht für Irrsinn hält. Was aber geschieht: Bestenfalls Renationalisierung der Subventionen.
- Subventionen ohnehin. Auch da geschieht das Gegenteil von dem, was die Mehrzahl der Medien fordern.

Bisher waren es überwiegend Sachentscheidungen, heute sind es die Personalentscheidungen in Politik und Wirtschaft. Bei letzteren ist der Einfluss der Medien sehr groß.

- Lambsdorff wäre als Wirtschaftsminister nicht zurückgetreten, wenn der „Spiegel“ die Parteispendenaffäre nicht ins Rollen gebracht hätte.
- Möllemann wäre noch Wirtschaftsminister, wenn wiederum der „Spiegel“ und der „Stern“ nicht enthüllt hätten, wie er die Geschäfte eines Vetters seiner Frau gefördert und sich anschließend in Lügen verstrickt hatte.
- Krause wäre vielleicht noch Verkehrsminister, wenn Medien nicht seine diversen Affären vom Dienstmädchen, das das Arbeitsamt bezahlte, bis zu ungerechtfertigten Umzugskostenerstattungen, enthüllt hätten.

All diesen Fällen ist aber auch eines gemeinsam: Die Medien sind benutzt worden.

Bei der Parteispendenaffäre hat ein aufrechter Steuerfahnder den „Spiegel“ munitioniert, weil er bei seinen Ermittlungen behindert werden